Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1916 Nr. 262 — Jahrgang 209

Bezugspreis für Halle und Vororte 3 Mk. Durch die Post bezogen 3.25 Mk. für das Vierteljahr, monatlich 1.09 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Kurier (tägl. Familienblatt), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Illustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62 Fernruf 7801 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609 Hauptschriftleiter: i. V.: Dr. Mätzold, Halle (Saale)

Dienstag, 6. Juni 1916

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6296 Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Das russische Südwestheer greift an

Pour le mérite für die Sieger!

Kaiserliche Auszeichnung für Admiral Scheer und Vizeadmiral Hipper

Wilhelmshaven, 5. Juni. Der Kaiser hat den Chef der Hochseestreitkräfte, Vizeadmiral Scheer, zum Admiral ernannt und ihm sowie dem Befehlshaber der Aufklärungsstreitkräfte, Vizeadmiral Hipper den Orden Pour le mérite, ferner einer Anzahl Offizieren und Mannschaften die sich an den Kämpfen in der Nordsee besonders hervorgetan haben, Kriegsauszeichnungen verliehen.

Der Kaiser hat an dem Grabe der im Kampfe für das Vaterland Gefallenen auf dem Garnisonfriedhof in Wilhelmshaven einen Kranz niederlegen lassen. Nachmittags besuchten der Kaiser und die Kaiserin die Verwundeten in den dortigen Lazaretten.

Der König von Württemberg an den Kaiser

Stuttgart, 5. Mai. Wie der „Staatsanzeiger" vernimmt, hat der König auf die Nachricht vom Siege der deutschen Flotte ein herzliches Glückwunschtelegramm an den Kaiser gesandt.

Die Bedeutung der Seeschlacht

Berlin, 5. Juni. Gegenüber den englischen Mitteilungen muß hervorgehoben werden, daß es sich tatsächlich nicht um ein Vorpostengefecht, sondern um eine große Schlacht gehandelt hat, die auch nicht in der Nähe eines deutschen Stützpunktes, sondern tatsächlich in der Nähe von Skagerrak, also etwas mehr als 300 Kilometer von dem nächsten deutschen Stützpunkte, der Insel Helgoland, stattgefunden hat. Die englische Flotte, deren große Schiffe über eine erheblich größere Geschwindigkeit verfügen, als die der deutschen Flotte, nämlich 20—21 Seemeilen gegenüber 18 Seemeilen der deutschen, wäre, wenn sie gekonnt oder gewollt hätte, infolgedessen auch in der Lage gewesen, die deutsche Flotte abzuschneiden oder zu stellen, was nicht geschehen ist.

Auch die artilleristische Kraft der großen englischen Schiffe ist theoretisch erheblich stärker als die der großen deutschen Schiffe. So verfügen die englischen Schiffe der Queen Elisabeth-Klasse über ein Breitseitengeschoßgewicht von 7442 Kilogramm, die der Queen Mary-Klasse über ein solches von 5080 Kilogramm, während unsere Schiffe der Kaiser-Klasse nur über ein solches von 4222 Kilogramm verfügen, wobei man unter Breitseitengeschoßgewicht die Munitionsmenge versteht, die gleichzeitig von sämtlichen Geschützen der Breitseite eines Schiffes auf dasselbe Ziel abgeschossen werden kann. Wichtig für die Beurteilung des Erfolges ist auch der Verlust an Menschenleben, der bei der englischen Flotte ganz zweifellos sehr erheblich ist. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Ausbildung der Mannschaften der Marine und deshalb der Ersatz vollwertigen Menschenmaterials außerordentlich schwierig ist.

Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß sich die Wirkung der Schiffsverluste auch für die Handelsflotte insofern sehr erheblich bemerkbar machen wird, als die Schiffswerften, die nunmehr mit der Reparatur oder mit dem Neubau von Kriegsschiffen zu tun haben werden, nicht mehr in der Lage sind, in gleicher Weise für Neubau oder Ergänzung der Handelsflotte zu sorgen, und da zweifellos auf englischer Seite auch diese Verluste größer sind, so werden sich die Folgen davon auch auf die Handelsschiffe fühlbar machen.

Amsterdam, 5. Juni. Die „Tijd" meldet, daß der in Ymuiden eingelaufene holländische Dampfer „Betty Anna" berichtet, daß es bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Newcastle zwei beschädigten englischen Kriegsschiffen begegnete. Das eine hatte den Schornstein verloren und Beschädigungen am Bug, bei dem anderen war das Vorderschiff zertrümmert. — Der in Ymuiden angekommene holländische Dampfer „Rijnstroom" berichtet, daß er bei Grimsby einem englischen Schlachtschiff mit schwerer Schlagseite begegnete. Es war der „Marlborough". Die Havarie rührte von einem Torpedoschuß her. Der „Marlborough" war von zahlreichen Schleppdampfern umgeben, die ihm beistanden.

Der Höhepunkt der Kämpfe um Verdun

Bern, 5. Juni. Stegmann schreibt im „Bund": Die Kämpfe um Verdun sind von wahnsinniger Erbitterung getränkt. Es scheint jetzt in der Kampfhandlung eine Intensität erreicht worden zu sein, die überhaupt nicht mehr überboten werden kann, da die konzentrische Wirkung der deutschen Artillerie sich furchtbar fühlbar macht. In der mobilen Verteidigung in dem Raume kaum mit Nutzen durchzuführen, nimmt der Verteidiger daher in nächster Zeit die schon allzulange aufgeschobene rückwärtige Konzentrierung vor. So weit er dem übermächtigen Druck der taktisch-strategischen Bedingungen, die die Verteidigung Verduns als viel zu kostspielig erscheinen lassen. Die Bedeutung der Position von Verdun als Ausfallstor ist ja schon seit dem 26. Februar erloschen.

Eine große Schlacht zwischen Pruth und Styr-Knie

Der Monte Panoccio erstürmt

Wien, 5. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz

Der seit längerem erwartete Angriff der russischen Südwestheere hat begonnen. An der ganzen Front zwischen dem Pruth und dem Styr-Knie bei Kolki ist eine große Schlacht entbrannt. Bei Okna wird um den Besitz unserer vordersten Stellungen erbittert gekämpft. Nordwestlich Tarnapol gelang es dem Feinde, vorübergehend an einzelnen Punkten in unsere Gräben einzudringen. Ein Gegenangriff warf ihn wieder hinaus. Beiderseits von Kozlow (westlich von Tarnopol) scheiterten russische Angriffe vor unseren Hindernissen bei Nowo-Alexiniec und nordwestlich von Dubno schon in unserem Geschützfeuer. Auch bei Sapanow und bei Olnka sind heftige Kämpfe im Gange. — Südöstlich von Luck schossen wir einen feindlichen Flieger ab.

Italienischer Kriegsschauplatz

Im Raume westlich des Astico-Tales war die Gefechtstätigkeit gestern im allgemeinen schwächer. Südlich Posina nahmen unsere Truppen einen starken Stützpunkt und wiesen mehrere Wiedergewinnungsversuche der Italiener ab. Oestlich des Astico-Tales stürmten unsere Kampfgruppen auf den Höhen östlich von Arsiero noch den Monte Panoccio (östlich vom Monte Barco) und beherrschen nun das Val Canaglia. — Gegen unsere Front südlich des Grenzeks richteten sich wieder einige Angriffe, die sämtlich abgeschlagen wurden. — An der küstenländischen Front schoß die italienische Artillerie mehr als gewöhnlich. — Im Doberdo-Abschnitt betätigten sich auch feindliche Infanterieabteilungen, deren Vorstöße jedoch rasch erledigt waren.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Ruhe.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Kanzler spricht

Berlin, 5. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstages nahm der Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg das Wort zu einer längeren bemerkenswerten Rede. (Den ausführlichen Bericht s. in der Beilage.)

Der neue 12 Milliarden Kriegskredit

Berlin, 5. Juni. In einem heute dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwurf betreffend einen Nachtragstat für das Rechnungsjahr 1916 wird der Reichskanzler ermächtigt, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von zwölf Milliarden Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen. Die zur Ausgabe gelangenden Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen sowie die etwa zugehörenden Zinsscheine können sämtlich oder teilweise auf ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnisse gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen sowie im Ausland zahlbar gestellt werden.

Die drohende Haltung des Verbandes gegen Griechenland

Bern, 5. Juni. Der „Secolo" meldet aus Athen: Die griechische Regierung wird wegen der Verhängung des Belagerungszustandes über Saloniki Einspruch erheben. Der telegraphische Verkehr zwischen Saloniki und Griechenland ist unter der Zensur der Alliierten wieder hergestellt.

Paris, 5. Juni. Die drohende Haltung der Presse gegenüber Griechenland findet ihren heftigsten Ausdruck im „Matin", wo es heißt, Skuludis solle nicht vergessen, daß seine wohlwollende Neutralität nur eine magere Entschädigung für die „Pflichtvergessenheit gegenüber dem Vertrage mit Serbien" sei, der als Gegenleistung eine Anzahl freundschaftlicher Verpflichtungen seitens des Verbandes gegenüberstehe. Wenn in einem „unzweideutigen" Vertrage einer der beiden Vertragsgegner vertragbrüchig werde, so werde der andere eo ipso von der Leistung befreit.

Gemeinsame Aufgaben der Verbraucher und Erzeuger in der Nahrungsmittelbeschaffung

Von Prof. Dr. P. Holdefleiß, Halle a. S.

Die eigenartige Lage Deutschlands unter den diesmaligen Kriegsverhältnissen hat uns in der Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung vor eine Reihe von besonders schwierigen Aufgaben gestellt. Durch das Fehlen der Einfuhr bei vielen notwendigen Rohstoffen und durch das Ansteigen der Nachfrage, sowohl bei der Heeresverwaltung, als auch bei der übrigen Bevölkerung, hat die Preisbildung unter dem stets im Handel üblichen Einflusse von Angebot und Nachfrage von Anfang des Krieges an eine stark ansteigende Bewegung erfahren. Vielfach wurde eine solche auch noch mehr gefürchtet, als nötig und bei genügender Kenntnis der praktischen Verhältnisse und der dabei beteiligten Menschen zu erwarten berechtigt war. Die Folge war die bekannte ungeheure Menge von behördlichen Anordnungen, die zum großen Teil unerwartete Folgen und Enttäuschungen brachten, auch sich oft widersprechen und gegenseitig aufheben mußten, und die Hauptfolge zeitigten, daß die Erzeugung immer mehr gehemmt und gestört wurde, wodurch wiederum die Preis- und Versorgungsverhältnisse schwieriger wurden. Dabei muß es auffallen, daß man sich immer in erster Linie für die Preise und die Aufgabe der Verteilung interessierte, während scheinbar das ganze Gebiet der Erzeugung wie ein unermeßliches und unerschöpfliches Meer angesehen wird, aus dessen Vorräten nur immer entnommen werden kann, während deren Ersatz seine innere Angelegenheit ist, die für die außerhalb der Erzeugungsgebiete befindlichen ohne Interesse ist. Vom Standpunkte des Städters und des Handels hat immer die Neigung bestanden, die Landbewohner, speziell die Landwirtschaft, nur als Objekt unter dem Gesichtspunkte der Raubwirtschaft zu betrachten, in ähnlicher Weise, wie es z. B. bis in die neuere Zeit bei der Seefischerei der Fall war, bei der man nur immer nahm, was sich bot, ohne Sorge um die Zukunft. Auch das Schlagwort der letzten Zeit „Verteilung der Fleischvorräte" gehört z. B. hierher. Jetzt in Deutschlands schwerster Kriegszeit hat jedoch diese Anschauungsweise aufgehört, etwa eine bloße akademische Doktorfrage zu sein, sondern „sie schlägt ihren eigenen Herrn", und bildet eine schwere Gefahr. Auch die Verbraucherkreise, wie die maßgebenden Behörden müssen von der Auffassung durchdrungen sein, daß die Regelung der Preise und der Verteilung versagen muß, wenn die Erzeugung gehindert und abgeschreckt wird, und das Angebot zurückgeht. Bei der landwirtschaftlichen Erzeugung spricht eben vor allem mit die sonst so gewünschte ungeheure Verteilung oder, wenn man es so nennen will, Zersplitterung der Wirtschaftseinheiten in bezug auf die Größe. So waren in Deutschland 1907 von 9 581 802 in der Landwirtschaft als ihrem Hauptberuf Erwerbstätigen 2 450 336 = 25,6 v. H. selbständige Unternehmer, wobei diejenigen Betriebe mit weniger als 100 Hektar 78 v. H. der gesamten landwirtschaftlich benutzten Fläche Deutschlands umfaßen. Diese zahlreichen kleineren Betriebe stehen unter dem Einflusse so mannigfaltiger Gesichtspunkte und Hemmungen, daß bei allen Organisationsmaßnahmen oft die überraschendsten Wirkungen eintreten. Hierin ist die landwirtschaftliche Produktion ebenso wie die gesamte Volkswirtschaft des Reiches ein äußerst zarter empfindlicher Organismus, der die in der besten Absicht unternommenen Eingriffe oft in gänzlich unerwarteter Weise beantwortet. Und doch ist hier das privatwirtschaftliche Unternehmertum, zum mindesten in absehbarer Zeit, nicht zu entbehren, wie die bisherigen Versuche der eigenen Bewirtschaftung von Staats- und Stadtgütern gezeigt haben. — Uebermaß von Eingriffen und Regelungsversuchen ist bei der landwirtschaftlichen Produktion an sich stets gefährlich, besonders aber in schwierigen Zeiten, in denen es die Grundlagen des wirtschaftlichen Lebens erschüttern kann. In solchen Zeiten ist es, wie bei einem kranken Menschen, oft weniger wichtig, ob eine Maßnahme richtig oder falsch ist, als vielmehr, ob ein Eingriff überhaupt angebracht ist, und ob nicht auch der richtigste durch Nebenwirkungen mehr schadet als nutzt. Diese Verhältnisse haben nun nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für das eigene Interesse der Verbraucher ihre große Bedeutung, und verlangen dringend, besonders in der jetzigen Zeit, ein volles Verständnis in allen Kreisen der Bevölkerung, wenn nicht unersetzlicher Schaden entstehen soll.

Zur Anbahnung dieses so sehr erwünschten Verständnisses ist von dem Ehrendoktor der Halleschen Universität

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606062-19/fragment/page=0001

und Landtagsabgeordneten Oekonomierat Hoesch ein Buch der Oeffentlichkeit übergeben, unter dem Titel „Die wirtschaftlichen Fragen der Zeit",*) das namentlich auch in städtischen Verbraucherkreisen die stärkste Beachtung verdient. Nach dem Grundsatze Aequam memento rebus in arduis servare mentem ist es getragen von ruhiger klarer Ueberlegung, die nicht durch die äußeren Umstände erschüttert ist, und hat dadurch schon unter den jetzigen Verhältnissen einen besonderen Wert. Namentlich sollte sie aber Beachtung finden bei den vielfachen, berufenen und unberufenen volkswirtschaftlichen Dilettanten, die ein ständiges Herumprobieren an dem zarten Organismus unserer Volkswirtschaft befürworten.

Dr. Hoesch versucht das mangelnde gegenseitige Verstehen zu bekämpfen durch gründliche Darlegung der Verhältnisse auf dem ganzen Gebiete der Nahrungsmittelversorgung; er beginnt sich dabei nicht mit allgemeinen Hinweisen, sondern verfolgt den tieferen Grund der Erscheinungen bis zu ihren Quellen in der historischen Entwickelung und in den psychischen Vorgängen bei den beteiligten Menschen. Die Leistungen der deutschen Industrie in den letzten Jahrzehnten werden zunächst gewürdigt und die Arbeit der deutschen Landwirtschaft in der Friedenszeit dazu in Vergleich gestellt. Dann wird eingehend die Interessengemeinschaft der Erzeuger und Verbraucher von Nahrungsmitteln klargestellt und im Anschluß daran die landwirtschaftliche Produktion während der Kriegszeit geschildert, und die Hemmungen, durch die sie erschwert wurde. Auch Dr. Hoesch steht auf dem Standpunkt, daß die Landwirtschaft überhaupt, besonders aber der Zweig, der die Erzeugung der tierischen Nahrungsmittel zur Aufgabe hat, äußerst „empfindsam" ist, in dem sich jetzt die sich in ihr betätigenden Kräfte nicht ohne weiteres durch andere Einrichtungen oder Personen ersetzen lassen. „Und hat man nicht zu guter Zeit, vorausblickend, die Unterstützung in einer die Produktion wahrnehmenden Weise angesetzt, so nutzt in der Stunde des wirklichen Mangels kein Reichtum der Welt, die fehlenden Nahrungsmittel herbeizuschaffen, auch wenn man dann die Millionen und Milliarden ins Ausland zu werfen bereit wäre." Bei den bewundernswerten Leistungen unseres Heeres und unserer Flotte, und bei der glänzenden finanziellen Leistung für die Aufbringung der Kriegsanleihen „möge auch ein Letztes gelingen, die Bewältigung all jener großen Schwierigkeiten, denen eine gerechte, umsichtige Bewirtschaftung der Nahrungsmittel für die Kriegsdauer zu begegnen hat. Ein Entfremden zwischen den Erzeugern und Verbrauchern darf sich nicht festnisten. Denn gesinnt müssen die Daheimgebliebenen dem Volk in Waffen jubelnd entgegentreten, wenn die Millionen ruhmgekrönt wiederkehren, von denen wir heute nach allem, was schon geleistet ist, sagen können, frei werden durchhalten in Kampf und Not, sie werden siegen. Und die Schöpfer eines Deutschlands sein, das keinem arglistigen Anschlag zum Opfer fallen kann."

Dieses Ziel zu erreichen, stellt die Schrift von Dr. Hoesch einen Beitrag dar, der einem dringenden Bedürfnisse der jetzigen Zeit entspricht; möge sie in der beabsichtigten Weise wirken, das gegenseitige Verstehen der Bevölkerung fördern.

Wo befehligt Mackensen?

Mit Rücksicht auf Andeutungen ausländischer Zeitungen, daß den Oberbefehl bei der Offensive in Südtirol der deutsche Generalfeldmarschall von Mackensen führe, erklärt — nach der „Frkft. Ztg.", die der Zensur des 18. A.-K. untersteht — das „Wiener Fremdenblatt", daß den Oberbefehl unverändert der Offensive so gut wie während der bisherigen Defensive, der Erzherzog Eugen führe. Mackensen führe dagegen den Oberbefehl am Balkan. Die falschen Behauptungen würden im Auslande nur verbreitet, um den Anschein zu erwecken, als wenn deutsche Truppen an der Offensive gegen Italien beteiligt seien. Diese Annahme sei völlig unrichtig.

Die russischen Kriegsberichte

Petersburg, 5. Juni. Amtlicher Bericht vom 4. Juni. Westfront: In der Gegend nordöstlich von Pulkern versuchten die Deutschen nach heftiger Beschießung des Abschnitts, unsere Stellungen morgens anzugreifen. Sie wurden abgewiesen. An vielen Abschnitten der Dünafront und in der Gegend von Dünaburg unterhielt die feindliche Artillerie ein heftiges Feuer. Am Abend des 2. Juni zerstreute unsere Artillerie deutsche Ansammlungen nordöstlich Krewo. In der Gegend südlich Krewo ließen wir in der Nacht zum 5. Juni eine Mine springen. Darauf eröffneten die Deutschen das Feuer, nachdem sie den Trichter erkundet hatten. Als sie zum Angriff übergingen, wurden sie durch unser Feuer aufgehalten. Vor dem Dorfe Ogowdnici wurde eine Wolke bemerkt, welche in Richtung auf unsere Gräben auf der Erde entlang kroch. Sie erreichte das Drahthindernis nicht, sondern wandte sich in entgegengesetzter Richtung. Darauf vernahm man Lärm in den deutschen Gräben. Reisigbündel wurden dort angezündet. Am Nachmittag des 3. Juni wurde in der Gegend des Fleckens Homai eines unserer Flugzeuge von einem deutschen Kampfflugzeug, Folkerthp, angegriffen. Unser Flieger empfing den Feind mit Maschinengewehrfeuer und zwang ihn, dicht bei seinen Stellungen in aller Eile zu landen. Am 2. Juni warf ein feindliches Flugzeug vier Bomben auf den Bahnhof von Molodeczno. Auf der Front unbedeutendes Vorpostengeplänkel.

Kaukasusfront: Am Abend des 1. Juni griffen die Türken mit Unterstützung der Artillerie eine Höhe südwestlich Kenyniköi, 8 Kilometer südlich Aschkala, aus der Richtung Erzingjan heftig an. Sie wurden durch unser Feuer aufgehalten und zogen sich zurück. Südlich Kenyniköi, an den Abhängen des Berges Durka Dagh, warfen unsere Truppen die Türken zurück und gingen vor.

Die türkischen Abgeordneten in Dresden

Dresden, 5. Juni. Heute mittag empfing der König im Residenzschloß die gestern abend hier eingetroffenen türkischen Abgeordneten und unterhielt sich mit jedem einzelnen der Herren in leutseligster Weise. Nach dem Empfange fand bei dem Minister des Auswärtigen Grafen Vitzthum v. Eckstädt eine Frühstückstafel statt, an der außer den türkischen Gästen, die die begleitenden Herren vom Auswärtigen Amt in Berlin, sowie die Staatsminister, Oberbürgermeister Blüher, der Präsident der zweiten Ständekammer Dr. Vogel und andere teilnahmen.

*) Im Verlage von Reimar Hobbing, Berlin 1916. 186 Seiten. Preis kart. 1,20 Mk., gebunden 1,60 Mk.

Ein neuer englischer Bericht über unsern Seesieg am Skagerrak

London, 4. Juni. Das Reutersche Bureau meldet über die Seeschlacht aus Edinburg: Der Morgen war außergewöhnlich schön, mit ruhiger See. Um ungefähr 4 Uhr nachmittags, als das Geschwader des Admirals Beatty sich etwa 100 Meilen westlich der dänischen Küste befand, meldete die Vorhut, daß der Feind mit ungefähr 100 Schiffen in Sicht sei. Darunter waren mindestens 20 Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer. Die Vorhut bestand aus zahlreichen leichten Kreuzern und Zerstörern und die ganze Armada dampfte rasch in nordwestlicher Richtung heran. Die Bedingungen waren alle für die Deutschen günstig. Das Wetter hatte sich verändert. Ein feiner Strichregen behinderte die Aussicht. Während die englischen Schiffe, mit der Sonne im Westen hinter sich, deutlich sichtbar waren, konnten die Deutschen ihre Streitkräfte mehr oder weniger verbergen. Trotzdem zögerte Admiral Beatty keinen Augenblick, zum Angriff überzugehen. Mit schweren Kanonen wurden die ersten Schüsse auf ungefähr 15 Meilen Abstand gewechselt. Nach den Wassersäulen, die rund um die vorgeschobenen Schiffe aufstiegen, konnte kein Zweifel bestehen, daß die großen deutschen Schlachtschiffe im Gefecht standen und einige volle Lagen auf unsere Vorhut abfeuerten. Obwohl der berühmte neue „Hindenburg" nicht amtlich genannt wurde, ist anzunehmen, daß er bei dieser Gelegenheit schwer beschädigt wurde. Die Entfernung, in der Geschosse gewechselt wurden, verminderte sich rasch von 15 auf 10 und später auf 5 Meilen. Die englischen Kanonier waren bald im Vorteil und man sah, nachdem die Schlacht begonnen hatte, daß ein großer deutscher Kreuzer einen Treffer erhielt. Einen Augenblick später war er in Flammen gehüllt und sank fast sofort. Jetzt nahmen auch die großen deutschen Schlachtschiffe an dem Kampfe teil und ihre gewaltige Geschützkraft gewährte den Deutschen einen gewaltigen Vorsprung. Einer der ärgsten Feinden der Briten war das deutsche Minenfeld, das das britische Geschwader am freien Manövrieren hinderte, während die deutschen Unterseeboote und die Zeppeline unbehindert ihre Arbeit verrichten konnten. Beatty beschloß, den Feind zu zwingen, in voller Stärke auf dem Kampfplatz zu bleiben. Mit der Hartnäckigkeit von Bulldoggen bekämpften unsere Kreuzer im Vertrauen darauf, daß Verstärkungen unterwegs seien, den Feind, obwohl sie in der Minderzahl waren. Nachdem der Kampf ungefähr zwei Stunden gedauert hatte, tauchten der „Invincible", der „Indomitable" und der „Inflexible" am Horizont auf. Die Deutschen waren noch immer in der Ueberzahl und auch die Luftverhältnisse hatten sich nicht zu Gunsten der Briten geändert. In diesem Abschnitt der Schlacht wurde hauptsächlich mit schweren Kanonen gekämpft und der Lärm war über alle Beschreibungen entsetzlich. Der „Invincible" ging, nachdem er mit dem größten Heldenmut gekämpft hatte, rasch unter. Beatty atmete auf, als vier Schlachtschiffe der größten Klasse, nämlich „Valiant", „Warhen", „Malaya" und „Warspite" am Horizont erschienen. Als sie sich am Kampfe beteiligten, änderte sich dieser sofort. Die „Warspite" wurde sofort von fünf deutschen Schlachtschiffen oder Kreuzern angegriffen, bedeckte sich mit Ruhm und brachte drei der Angreifer zum Sinken, oder fügte ihnen doch jedenfalls sehr schweren Schaden zu. „Valiant" rammte ein feindliches Unterseeboot und bohrte es in den Grund. Die Deutschen begannen nun zu fliehen (?). Die Leute von Jellicoe waren über diese Weigerung der Deutschen, den Kampf auszufechten, auf höchste entrüstet. Bei einbrechender Dunkelheit stellten die großen Schiffe das Feuer ein, aber der Kampf wurde während der Nacht bis zum Tagesanbruch von den kleineren Schiffen fortgesetzt. Dann kehrte die englische Flotte nach den verschiedenen Häfen zurück, da vom Feinde keine Spur mehr zu entdecken war.

Auch diese Darstellung zielt drauf ab, die englische Niederlage abzuschwächen und ungünstige Witterungs- und Lichtverhältnisse für die verlorene Schlacht verantwortlich zu machen. Cadorna macht Schule.

Greys und Nicolsons schwaches Gedächtnis

Einem neuen Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." unter der Ueberschrift „England vor dem Kriege" entnehmen wir folgende Stellen:

Die Kundgebung des englischen Auswärtigen Amts zu den hier veröffentlichten Berichten des Grafen Pourtales betreffend die Haltung der englischen Politik während der bosnischen Krisis, liegt jetzt im Wortlaut vor. Die politisch wesentlichste Feststellung in diesen Berichten, nämlich die Tatsache, daß die englische Regierung mit der Annahme des deutschen Vermittlungsvorschlages durch die russische Regierung nicht einverstanden war, und daß Sir Arthur Nicolson dem russischen Minister des Aeußern, Sir E. Grey dem russischen Geschäftsträger sein Mißvergnügen über die Haltung der russischen Regierung zu erkennen gegeben hat, übergeht die Kundgebung mit Stillschweigen. Sie bestreitet sie also nicht. Sie beschränkt sich auf die Angabe, daß Sir Arthur Nicolson behauptet, das ihm zugeschriebene Tischgespräch nicht geführt zu haben. So unwesentlich dieser Punkt auch ist, so sei festgestellt, daß der Botschafter Graf Pourtales noch heute in der Lage ist, die Persönlichkeiten zu benennen, die bei dem Gespräch beteiligt waren, und daß der kaiserlichen Regierung auch von anderer Seite bestätigt worden ist, daß die Aeußerung Sir Arthur Nicolsons genau so gelautet hat, wie sie in dem Bericht des Grafen Pourtales vom 1. Mai 1909 wiedergegeben ist. Daß Sir Arthur Nicolson das ableugnet, kann nach dem unerfreulichen Bild, das die deutsche Diplomatie in langjähriger Erfahrung von der Persönlichkeit dieses Staatsmannes gewonnen hat, nicht überraschen.

Die Kundgebung des „Foreign Office" wendet sich schließlich gegen die Sir E. Grey zugeschriebene Aeußerung, daß, falls es zum Kriege gekommen wäre, die öffentliche Meinung in England ein Eingreifen Englands an der Seite Rußlands gebilligt haben würde ... Der Ausspruch ist in einer amtlichen Unterredung des Ministers mit dem russischen Geschäftsträger in London geschehen. ... Es widerspricht deutschem Empfinden und deutschen Auffassungen, auch im Verhältnis zu einem Gegner sich der Ausdrucksweise der Herren Asquith und Sir E. Grey gegenüber dem Reichskanzler zu bedienen. ... Im übrigen bildet die Aeußerung auch nur eine Bestätigung für die Haltung, die Sir Edward Grey bei anderen Anlässen eingenommen hat. Die Anklagen, die er in seinem Gespräch mit dem Vertreter der „Chicago Daily News" erneut gegen den preußischen Militarismus erhoben hatte, haben dem Reichskanzler Gelegenheit gegeben, an der Hand der Geschichte der zwei letzten Jahrzehnte nachzuweisen, daß nicht gegen Deutschland, wohl aber gegen England mit Recht der Vorwurf des Militarismus gerichtet werden kann, und daß gerade Sir Edward Grey sich einer militaristischen Politik schuldig gemacht hat. Das wird schon durch seine Haltung anläßlich der Algeciraskonferenz und des Zwischenfalles von Agadir genügend erwiesen. Durch die gegen Deutschland gerichtete Ententepolitik, die er von dem Tage an, an dem er vor nunmehr zehn Jahren die Führung der auswärtigen Politik Englands übernommen hat, konsequent befolgte, rief er die Geister, die er im Sommer 1914 nicht mehr zu bannen vermochte. So wird Sir Edward Grey in der Geschichte als einer der Hauptschuldigen am gegenwärtigen Weltkriege dastehen, und keinerlei Beteuerung seiner Friedensliebe und seiner guten Absichten werden ihn von dieser Schuld befreien.

Oeffentliche Stadtverordnetensitzung

Halle, 5. Juni 1916.

Vorsteher Stadtv. Vorsteher Justizrat Dr. Keil.

Eingegangen sind 4 Eingaben.

Ein ehemaliger Feuerwehrmann wünscht von der Stadtverordnetenversammlung Verwendung seines Anspruchs auf Ruhegehalt, mit welchem er sowohl auf dem Verwaltungs- wie auf dem Rechtswege in allen Instanzen rechtskräftig abgewiesen worden ist. In Berücksichtigung dieses Umstandes wird über jene Eingabe zur Tagesordnung übergegangen.

Der Haus- und Grundbesitzerverein beantragt eine Abänderung der Baupolizeiordnung durch Zulassung von Keller- und Dachgeschossen zu Wohnzwecken. Diese Eingabe wird dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Ebenfalls diesem Ausschuß und dem Bauausschuß überwiesen wird eine Eingabe, die von der einheitlichen Ausgestaltung der Kriegergräber auf dem Gertraudenfriedhof nicht entzückt ist, sondern die den Einzelnen überlassen will, wie sie die Gräber ihrer Gefallenen herrichten wollen.

Einige 30 Hauswohner der Blumen- und Henriettenstraße haben eine Eingabe an die Versammlung gerichtet, in der sie auf

die Schäden durch das Unwetter am 27. Mai

hinweisen, von denen sie heimgesucht worden sind und durch die manche ihr ganzes Hab und Gut verloren haben. Die Urheber der Eingabe sagen, daß sie bereits im August 1915 und früher auf die Uebelstände hingewiesen haben, von denen die genannten Straßen durch eine unglückliche Kanalanlage bedroht sind und die auch bereits früher zu Wassereinbrüchen, wenn auch nicht in solchem Umfange wie jüngst geführt hat. Die Betroffenen wollen diesmal den Schaden nicht tragen und fragen nun an, wie die Stadt hier zu helfen gedenkt. Der Vorsteher gab um Ueberweisung dieser Eingabe an den Rechts- und Verfassungsausschuß. — Stadtv. Kühne möchte unter Berücksichtigung aller Verhältnisse gern vom Magistrat wissen, wie dieser sich zur Frage einer Entschädigung durch die Stadt stellt oder ob er eine Hilfeleistung durch die freie Liebestätigkeit, etwa durch eine Vereinigung, vorzieht. — Oberbürgermeister Dr. Rive lehnt eine rechtliche Verpflichtung der Stadt Halle zur Entschädigung ab, tritt aber mit, daß die Stadt den Unbemittelten, die von dem Unwetter schwer betroffen worden sind, hilfreich beispringen wird unter wohlwollender Berücksichtigung der Verhältnisse. — Auf den Vorschlag des Vorstehers, der darauf hinweist, daß die Rechtsanlage doch noch nicht geklärt sei, weil bereits früher von den Anwohnern der oben bezeichneten Straßen die Kanalanlage für Wassereinbrüche in die Keller verantwortlich gemacht worden sei, wird die Eingabe dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen.

Hierauf tritt die Versammlung in die Erledigung der Tagesordnung ein.

Die Nahrungsmittel-Versorgung der Halleschen Einwohnerschaft

wird nun wieder einmal erörtert infolge einer Anfrage der Stadtv. Gröbel und Genossen:

„Welche Maßnahmen wird der Magistrat ergreifen, um die Nahrungsmittelversorgung und -Verteilung besser zu organisieren und sicherzustellen?"

Dazu ist noch folgender Antrag derselben Fragesteller eingegangen:

Um eine geregeltere Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel und eine bessere Versorgung der ärmeren und schwerarbeitenden Bevölkerung der Stadt herbeizuführen, möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen, folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Einführung der Schulspeisung;
2. Organisierung der Volksspeisung auf breiter Grundlage;
3. Billigere Abgabe der Lebensmittel an die Minderbemittelten;
4. Zusatzmarken für Brot und Butter oder Fett an die Schwerarbeiter in erweiterter Masse;
5. Bessere Fürsorge bei der Lebensmittelzuweisung für die Kostgänger und die Einzelstehenden;
6. Größere Berücksichtigung der Konsumvereine bei der Warenverteilung;
7. Heranziehung der städtischen Güter zur Lieferung von Lebensmitteln, Verkauf des Viehs und Geflügels nur an die Stadt Halle;
8. Mästung von Vieh auf dem städtischen Viehhof.

Als Redner der Antragsteller ist Stadtv. Gröbel bestellt worden. In seinen Ausführungen sucht dieser die hier geforderten Maßnahmen zu begründen.

Hierzu nimmt Oberbürgermeister Dr. Rive das Wort, der es ablehnt, jetzt zu den Forderungen in dem eben erst eingebrachten Antrage zu sprechen. Er beschränkt sich auf die Erledigung der gestellten Anfrage. Die Nahrungsmittelversorgung ist den Städten entgangen, sie haben nur die ihnen von den Hauptstellen zugehenden Nahrungsmittel zweckmäßig zu verteilen. Wir sind in der Lage des Kellners, der für die Mangelhaftigkeit der durch ihn gebrachten Speisen durch den Gast verantwortlich gemacht wird obwohl er gar nichts hat dazu tun können. (Heiterkeit). So ganz schlecht wäre es bei uns sicherlich nicht, an anderen Orten sei es manchmal nicht so gut bestellt. Er erinnere nur an die Kartoffelversorgung. Redner ging auf die Besprechung der einzelnen Lebensmittel ein. Beschwerden des Redners inbezug auf die Unzulänglichkeit der Mengen von Brot und Mehl seien nicht unbegründet. Aber das Vorjahr brachte einen ungünstigen Ausfall der Ernte. Trotzdem ist es gelungen, mit einem Ueberschuß von 400 000 Tonnen in das neue Erntejahr einzutreten. Dabei werden den Schwerarbeitenden Zusatzmarken zugeteilt werden können. Alle, nicht bloß die Minderbemittelten, leiden unter diesen Dingen. Niemand sieht blühend aus, als käme er aus der Sommerfrische.

Der Krieg ist eben keine Sommerfrische.

Aber mit Gottes Hilfe werde in diesem Jahre alles überwunden werden. Bis Juli werden wir mit unseren Kartoffelvorräten ausreichen. Und da gilt es schon neue Kartoffeln und ebenso andere zugewachsene Nahrungsmittel. Uebrigens haben wir von Kartoffeln nicht einen Ueberfluß, wie ein Sozialdemokrat im Reichstag behauptet, sondern nur das, was uns zukommt. Milch? In anderen Orten hat es da große Mißstände gegeben. Nicht so bei uns. Bei uns ist immer die notwendige Milch zu haben gewesen, auch die Kindermilch. Wer sie nicht erhielt, hat die notwendigen Schritte nicht getan. Und der Milchpreis ist fest langem der gleiche: 28 Pfg. für das Liter, geblieben. Daß die Landwirtschaft auf höheren Preis drängt, ist bekannt. Aber man muß berücksichtigen, daß 800 000 Milchkühe fehlen und daß die Betriebsmittel teurer geworden sind. Schwieriger ist es mit der Butter. Wir sind lange Zeit der Ansicht gewesen, daß die Buttermenge, die der Provinz Sachsen zukam, nicht der Menge in anderen Provinzen entsprach. Der Schlüssel der Verteilung scheint nicht für alle Provinzen der gleiche gewesen zu sein. Doch ist es jetzt damit besser geworden, die uns zur Verfügung stehende Menge ist größer geworden. Der Redner beklagt sehr das frühere lange Warten der Leute vor den Läden, allein diese Ansammlungen hätten aufgehört. Vor den Fleischerläden noch immer nicht. Doch das ist zu einem Unfug geworden, an dem die Frauen selbst schuld sind. Die Schriftl.) Graupen, Reis, Erbsen, Hülsenfrüchte, Eier usw. verkaufen wir nach den Mengen, wie sie uns zugehen. Wenn bei dem Verkaufe solcher Nahrungsmittel Höchstpreise überschritten wurden, wie der Vorredner behauptete, so müßten bei freien Händlern noch Läger vorhanden sein, die von der Hauptstelle nicht hätten erfaßt werden können. Es sei den Reichen ebenso wenig möglich, wie den Unbemittelten, alle möglichen Lebensmittel einzuheimsen. Die Versorgung der Stadt mit Fleisch werde von jetzt ab durch die Regierung von Merseburg geregelt werden. Ob hierbei die Stadt ebenso bedacht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606062-19/fragment/page=0002

werden wird, wie die Landgemeinden, in denen vielfach noch Lebensmittelvorräte im Hause vorhanden seien, entgehe sich der Kenntnis des Redners.

Eine Bevorzugung der Landgemeinden vor der Stadt dürfe nicht erfolgen

Vor Beginn des Krieges hatten wir 25 Millionen Schweine, im April 1915 noch 17 Millionen, im April dieses Jahres noch 13 Millionen. Wir werden also in der nächsten Zeit noch Mangel an Schweinefleisch haben. Ähnlich liegen die Dinge beim Rindfleisch. Wir haben genug Rinder an Zahl, aber es fehlt ihnen an dem gewünschten Fleisch und Fett. Wir müssen also auch hier abwarten. Aber voraussichtlich bloß noch zwei Monate. Da ist es dem ein Glück, daß wir eine Vermehrung an Zusatzmarken haben. Ganz anders, besser wird es nach der Ernte werden, die außerordentlich verheißungsvoll ist.

Was sollen wir nun in den zwei Monaten tun? Die Verteilung muß so erfolgen, daß gleiches Recht für alle gilt. Der Deutsche Städtetag hat die Reichsfleischkarte gefordert, die allerdings Gewähr geben soll, daß man auch die zugesicherte Menge Fleisch erhält. In Halle ist es zur Einführung der in manchen Orten ausgegebenen Fleischkarte nicht gekommen, wir haben uns anders geholfen. Wir haben die Verteilung nach der Menge des uns zugegangenen Fleisches bestimmt. Wir haben wie andere Orte auch mit der Landwirtschaftskammer abgeschlossen, an die auch das Gimritzer Stadtgut abliefert. Wir haben immer gute und schöne Schweine bekommen. Wir können nach der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen gar nicht von Gimritz unmittelbar kaufen. In Bezug auf die künftige Verteilung der eingehenden anderen Nahrungsmittel wird eine andere Ordnung eingeführt werden auf Grund der neuen Personenstandsaufnahme.

Auf die Schulspeisung will der Redner nicht eingehen. In bezug auf die

Massenspeisung

bezüglich der auf das Ammendorfer Beispiel verwiesen worden ist, haben die Städte Köln und Düsseldorf keine ermutigende Erfahrung gemacht. In dem 600 000 Einwohner zählenden Köln entnehmen nur 2000 Personen das Essen. In Hamburg scheint die Sache anders zu liegen. Dort ist eine Massenspeisung für 155 000 Personen eingerichtet. Woher bekommt Hamburg seine Vorräte? Aber das Wichtigste hierbei ist doch die Ungewißheit, daß sich genug Abnehmer finden. Das Abholen der Speisen wird wieder zu Ansammlungen führen. Und die sollen doch vermieden werden. Was zu tun ist, damit beschäftigt sich die Teuerungsdeputation. Was da werden wird, wollen wir abwarten.

Die Lebensmittelversorgung geht uns nichts an, das ist Sache der Reichszentrale. Aber wir haben ein Kriegsernährungsamt bekommen, das die bisherige Arbeit des Reichsamtes des Innern in der Ernährungsfrage übernimmt. Der Redner führt noch einmal Bilder aus der Vergangenheit vor, wie seit Beginn des Krieges sich die Sachlage in der Ernährungsfrage gestaltet habe. Die Höchstpreispolitik habe den Wucher nicht gehindert,

schlug aber den Handel tot,

besonders den Kleinhandel, und es trat eine bürokratische Ordnung ein. Der redliche Handel, der das Verbindungsstück zwischen Erzeuger und Verbraucher bilden sollte, der alle in die Versorgung hätte bewirken können, ist durch den Bürokratismus ausgeschaltet worden. Dieser aber vermag das nicht zu leisten, was der Handel leisten kann. Diese Entwickelung ist tief zu beklagen, denn sie hat zu all den Uebelständen geführt, wie wir sie haben erleben müssen. —

Der Wucher wird niemals ganz unmöglich gemacht werden

Wir brauchen für die Verteilung einen großen Beamtenkörper, für den wir alle bezahlen müssen. Wie viele Zeit ist unnütz verbraucht worden beim Einholen der Waren. Wie viele selbständige Existenzen sind ausgeschaltet worden, die uns auch als Steuerzahler verloren gehen. Lebensmittel gehen durch die bürokratische Organisation verloren. Aber der Wucher hätte nicht, trotz dieser vier Fehlerquellen, den Schaden anrichten können, den wir zu beklagen haben.

Zum Schluß bemerkt der Redner, er glaube trotzdem nicht, daß wir Anlaß haben, trübe in die Zukunft zu sehen. Deutschland kann nicht auszehungert werden. Der Feind soll und kann uns im Innern nicht mürbe machen, uns zu vermögen, einen Frieden zu schließen, der unserer nicht würdig wäre. Wir wollen nur einen ehrenvollen Frieden schließen. (Beifall).

Auf Vorschlag des Vorstehers wird in die Besprechung eingetreten, doch diese Besprechung soll erst in der nächsten Sitzung erfolgen. Die Besprechung wird also abgebrochen.

Verlegung eines Druckrohrstranges

Die Verlegung eines neuen Wasserdruckrohres von 700 Millimeter l. W. vom Pumpwerk Beesen bis zur Kreuzung Turmstraße, Thomasiusstraße sowie die Verlegung eines Telefonkabels auf dieser Strecke sind erforderlich. Vom Pumpwerk Beesen nach der Stadt führen z. Zt. folgende Wasserdruckrohrstränge: a) zur Versorgung des Niederdruckgebietes ein Druckrohr von 450 Millimeter l. W., b) zur Versorgung der Hoch- und Mitteldruckzone ein Druckrohr von 392 Millimeter l. W. und ein Druckrohr von 600 Millimeter l. W. Das Druckrohr von 392 Millimeter l. W. ist stark verkrustet, sein Querschnitt infolgedessen sehr verengt. Außerdem ist die Leitung, das im Jahre 1868 stammend, ihres Alters wegen unzuverlässig und ersatzbedürftig. Die vorhandenen Rohrleitungen gestatten bei der für die Maschinen des Pumpwerks zulässigen höchsten manometrischen Förderhöhe von 85 Meter, im äußersten Falle im Laufe von 24 Stunden etwa 25 000 cbm nach der Stadt zu fördern, während die Maschinen eine Steigerung über diese Leistung hinaus noch zulassen würden. Die genannte höchste Abgabemenge von 25 000 cbm ist bereits im Juni 1915 eingetreten. Eine Steigerung dieser Höchstmenge ist zu erwarten, insbesondere alsbald nach Friedensschluß. Wenn demnach vermieden werden soll, daß an heißen Tagen mit sehr hohem Verbrauch vorübergehend die höchstgelegenen Teile der Stadt ohne Wasser sind, so muß bei dem geringen Rauminhalt des Hochbehälters Roßplatz von nur 1200 cbm schon jetzt mit dem Bau des neuen Druckrohrstranges, für den eine l. W. von 700 Millimeter gewählt ist, begonnen werden. Es ist eine zweijährige Bauzeit in Aussicht genommen. Die Verlegung des Telefonkabels ist erwünscht, um die jetzt vorhandenen Freileitungen, die sehr häufig zu Störungen Anlaß geben, zu beseitigen. In Kostenanschlag ist die Verwendung von gußeisernen Röhren vorgesehen worden. Es wird von dem Ausschreibungsergebnis abhängen, ob anstelle von gußeisernen schmiedeeiserne Röhren zu verwenden sind. Eine die Hälfte auf 532 000 Mk. veranschlagten Kosten soll aus dem Reservefonds, die Hälfte aus der Anleihe 1910 bestritten werden. Die Versammlung wird ersucht, 250 000 Mk. für die Rohrleitung und 22 000 Mk. für das Kabel aus dem Reservefonds der Wasserwerke und der Restbetrag von 260 000 Mk. aus der Anleihe 1910 zu genehmigen. — Berichterstatter Stadtvd. Günter und Weschke. — Stadtv. Hoffmann wünscht die Ausgabe nur dann gemach zu sehen, wenn die Notwendigkeit unbedingt vorliegt. — Stadtbaurat Lammers bemerkt, daß die Notwendigkeit da ist, aber man wolle sich mit dem Bau nicht übereilen. — Stadtv. Kühme ersucht, noch ein Jahr zu warten. In einem Jahr könnte dann der Bau ausgeführt werden. Die Lieferer können sich dann auch einrichten. Stadtv. Dr. Scheithauer empfiehlt ebenfalls den Aufschub. Desgleichen Stadtv. Reuß. Die Stadtvv. Weschke und Kommerzienrat Dehne und Berater Strader sprachen sich für die Annahme der Vorlage aus. Die Magistratsvorlage wird angenommen.

Mittelbewilligung für eine Ammoniakwasserverdichtungsanlage

Alsbald nach Ausbruch des Krieges trat das Kriegsministerium an den Deutschen Verein von Gas- und Wasserfachmännern mit dem Ersuchen heran, die Lieferung von Ammoniakwasser aus den Deutschen Gaswerken zur Sicherstellung des Bedarfs der Heeresverwaltung an Stickstofferzeugnissen für Munitionsherstellung zu organisieren. Die Organisation ist dann von der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke als der berufenen Vertreterinnen der letzteren in die Wege geleitet, und es ist ein Vertrag zwischen der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Kriegsministerium zustande gekommen, wonach diesem die erzeugten Mengen an Ammoniakwasser in der Form verdichteten Ammoniakwassers mit rund 20 Proz. Ammoniak zum Preise von 90 Pfg. für 1 Kilogramm Ammoniak auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden müssen. Der von der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke zur Erfüllung der ihr hiernach obliegenden Lieferung aufgestellte Plan einer Ammoniakwasserverdichtungsanlage erforderte 28 000 Mk. und wies nach der Gewinnberechnung eine zu erwartende Verzinsung dieses Anlagekapitals von 88 Proz. nach. Unter diesen Umständen hatte sich das Kuratorium der Gas- und Wasserwerke für die sofortige Ausführung der Anlage ausgesprochen und der Magistrat hatte, da die Angelegenheit im vaterländischen Interesse geheim gehalten werden mußte, die Mittel zunächst ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt. Die Anlage ist seit Mai 1915 im Betriebe und hat nach Bericht der Verwaltung der Gas- und Wasserwerke in jeder Weise zufriedenstellend gearbeitet. Da jetzt die Gründe, welche seinergeit eine Geheimhaltung notwendig erscheinen ließen, nicht mehr bestehen, so ersucht der Magistrat nunmehr, die Bewilligung der erforderlichen Mittel in Höhe von 28 000 Mk. aus dem Reservefonds des Gaswerkes in der Stadtverordnetenversammlung auszusprechen. — Diesem Antrage wird stattgegeben. — Berichterstatter Stadtvd. Emmer und Gradehand.

Landverkauf an der Johannisstirche. Der Magistrat beantragt, zuzustimmen, daß 1. von dem städtischen Grundstück Gemarkung Halle, Kartenblatt 11, Nr. 1125/58 an der Johannisstirche ein Trennstück von rund 2700 Quadratmeter Größe zum Preise von 17 Mk. für jedes katasteramtlich vermessene Quadratmeter frei von Straßen-Ausbaukosten nach Maßgabe des vorgelegten Kauf- und Darlehns-Vertrages an den Bauverein für Kleinwohnungen e. G. m. b. H. verkauft, 2. dem Bauverein für Kleinwohnungen zur Deckung der Grunderwerbs- und Baukosten für die von ihm auf dem Grundstück zu errichtenden Wohngebäude mit Kleinwohnungen ein Darlehn bis zum Höchstbetrage von 248 000 Mk. zu 4 bzw. 5½ Proz. Zinsen und 1 Proz. Tilgung nach Maßgabe des Kauf- und Darlehnsvertrages gewährt wird, 3. die zur Gewährung des Darlehns erforderlichen Mittel vorläufig bei der Kriegsdarlehnskasse zeichnen und die im laufenden Rechnungsjahr dafür zu entrichtenden Zinsbeträge aus Kapital XXI/13 des Kämmerei-Haushalts für 1916 entnommen werden. — Die Berichterstatter Stadtvd. Dr. Scheithauer und Gradehand beantragen die Genehmigung der Vorlage. — Stadtv. Georg weist auf die Notlage des Hausbesitzers hin und wünscht 4½ Proz. Verzinsung auch für die Zeit, in der nur 4 Proz. gezahlt werden sollen. Das liege auch im Sinne der Steuerzahler. — Stadtv. Blumentritt bestreitet eine Wohnungsnot, denn es stünden 311 Wohnungen mit 1—3 Zimmer leer, 330 Wohnungen mit einem Mietsertrage von 300 Mk. zu berücksichtigen wären auch die Mietsausfälle der Hausbesitzer, die im letzten Jahre 195 000 Mark Mietsnachlaß gewährt hätten. Redner tritt also auch für den Georgschen Antrag ein, während Stadtv. Emmer für die Vorlage eintritt. — Stadtv.-Vorsteher-Stellv. bemerkt, daß in der Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins zur Begründung seines vom Vorredner unterzeichneten Gesuches gerade eine Kleinwohnungsnot bestehen wird. — Auch Stadtv. Kühme führt aus, daß in Halle tatsächlich Mangel an Kleinwohnungen bestehe. — Stadtv. Blumentritt erwidert Dr. Föhring, er habe die Zahlen über die leerstehenden Wohnungen erst nach Abfassung der Eingabe vom Statistischen Amt erhalten. Er widerstrebe ja auch nicht der Annahme der Vorlage, aber er möchte den Zinsfuß nicht über Gebühr herabgesetzt haben. — Stadtv. Balke erörtert die soziale Seite der Vorlage und befürwortet ihre Annahme, die auch in unveränderter Form erfolgt.

Beitritt zur Reichsbekleidungsstelle.

Der Magistrat beantragt, seinem Beschlusse vom 4. Mai 1916 über den Beitritt zur Gesellschaft m. b. H. zum Zwecke der Sicherstellung von Kleidungsbedarf und der Übernahme eines Stammkapitals bis zu 70 000 Mark nachträglich zuzustimmen. Da die Gründungsversammlung bereits am 9. Mai stattfinden sollte und bis dahin die Zustimmungserklärung abgegeben sein mußte, konnte die Zustimmung der Versammlung vor Abgabe der Erklärung nicht nachgesucht werden. Nachdem der Gründungsakt inzwischen verschoben worden ist, kann die erteilte Vollmacht zurzeit noch zurückgezogen werden. Die Versammlung gibt jedoch ihre Genehmigung zum Beitritt. — Berichterstatter Stadtv. Ritter.

Weitervermietung einer Gastwirtschaft. Der Pachtvertrag mit dem Gastwirt August Schneider über die Vermietung der Gastwirtschaft im Schlachthofe endigt am 30. September 1916. Herr Schneider ist um Verlängerung des Vertrags auf die Dauer von 3 Jahren eingekommen. Herr Schneider will für die neue Pachtperiode wieder 5000 Mark jährliche Miete zahlen, jedoch mit der Einschränkung, daß ihm für die Dauer des Krieges mit Rußland und Frankreich eine Miets-Ermäßigung von 30 Prozent zu gewähren ist. Diesen Bedingungen stimmt die Versammlung zu. — Berichterstatter Stadtvd. Emmer und Daniel.

Veranlagung von Kriegsteilnehmern zur Gemeindesteuer.

Der Magistrat hat beschlossen, den Gemeindebeschluß vom 13. und 26. Oktober 1914 vom 1. April 1916 ab in folgenden Punkten abzuändern:

a) das Militäreinkommen sämtlicher Kriegsteilnehmer aus dem Beurlaubtenstande zur Gemeindeeinkommensteuer zu veranlagen, und
b) die Gemeinde-Einkommensteuer-Veranlagung der unter § 70 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes fallenden Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes bis auf weiteres auszusetzen.

Nachdem das Oberverwaltungsgericht unterm 14. Oktober 1915 entschieden hat, daß das Militäreinkommen der aus dem Beurlaubtenstande hervorgegangenen Kriegsteilnehmer der Gemeindeeinkommensteuerung unterworfen ist, erscheint es gerechtfertigt, in Zukunft das Militäreinkommen dieser Kriegsteilnehmer mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage der Stadt und die infolge der Kriegsdauer zu erwartenden weiteren Aufwendungen zur Gemeindeeinkommensteuer heranzuziehen. Die entsprechende Mehreinnahme ist mangels genauerer Unterlagen auf etwa 50 000 Mark zu schätzen. Von den unter § 70 Abs. 1 E.-St.-G. fallenden Pflichtigen empfiehlt es sich, die Steuer nach wie vor nicht zu erheben. Die vorgeschlagene Aenderung im Verfahren selbst soll erfolgen, um einerseits bei baldig eintretendem Friedensschluß die Nachveranlagung der Zurückkehrenden für den Rest des Jahres gemäß § 84 des Kommunalabgabengesetzes in Erwägung ziehen zu können, und andererseits bei längerer Dauer

---

(Nachdruck verboten.)

Auf märkischer Erde

25] Roman von Hanns von Zobeltitz

Wilhelm ließ sein Notizbuch sinken und lachte: „Fliegen, Lene? Mit dem elenden Bummelzug? Ach nein. Soweit sind wir in unserem guten Preußen noch nicht. Aber in England —" und er fing an, ihr vom englischen Eisenbahnwesen zu erzählen, von dem großen Jagdzug, der seit Jahresfrist dort Süd und Nord, London und Edinburg verband. Er erzählte von den Schnellzügen zwischen Paris und Marseille, sprach von Nordamerika. Ueberall schien er Bescheid zu wissen, und seine blauen Augen leuchteten dabei. „Ja, mein Kleinchen, wir leben in einer großen Zeit. Wir stehen aber erst im Anfang der Entwicklung. Wir sind vielleicht nur die Pioniere, die das Feld vorbereiten, die Saat aussäen, die unsere Kinder und Kindeskinder ernten sollen . . ."

Er sprach lange und sprach gut. Alles verstand sie freilich nicht. Aber ihr Respekt vor dem Bruder wuchs. Nur daß sie dabei über ein leises Verwundern nicht hinauskam: zu Hause, in Rohlbeck, hatte Wilhelm oft fast etwas Gedrücktes. Es war, als fiele das mehr und mehr ab von ihm, je weiter er sich von der Heimat entfernte. Als atmete er freier, als wüchsen ihm die Gedanken. Aber schien sich nicht auch vor ihr die Welt zu weiten!

Die Dämmerung sank herab. Der Abend kam.

Als der Zug sich Berlin näherte, war es dunkel. Aus der Dunkelheit leuchteten, wie in einem neuen Wunder, blinkende Lichter auf. Vereinzelt erst, mehr und mehr dann; ganze Reihen schließlich. Als hätte die große Stadt sich Helene Hackentin zu Ehren in ein Lichtermeer getaucht. Ueberall flammte und glühte es. Aus den Fenstern, die vorüberhuschten, von den Straßenfronten herauf, und bunt und farbig, weiß, rot, grün aus den Weichenlaternen der rechts und links endlos wachsenden Schienengeleise. Bis der Zug in den Niederschlesisch-Märkischen Bahnhof einrollte.

Beängstigend dies Leben und Treiben, und doch wieder so wundervoll, so eigen berauschend. Die Scharen von Reisenden, die der Zug entlud, die hastend und drängend dem Ausgang zustrebten; die Gepäckträger, die sich durch die Menge schoben, die Karren mit Koffern und Ballen; ein Rufen, Schreien, Schwatzen, Fragen, Auskunftgeben, Willkommenheißen, Abschiednehmen ohne Ende. Dann auf einen Augenblick noch einen Gruß von Mertzburg, im Vorüberschieben nur. Ein flüchtiges Wort zwischen Wilhelm und ihm: „Sind Sie mit demselben Zuge gekommen?" — „Schade . . . wir hätten zusammenfahren können." Schade — auch Helene dachte wieder flüchtig: „Schade —"

„Schnell, Kleinchen — sonst bekommen wir keine Droschke!"

Und nun die Fahrt durch Berlin. Nahm denn das gar kein Ende? „Sind wir noch nicht bald da, Wilhelm?"

„Geduld, Lene. In Berlin muß man Geduld lernen."

Immer neue Straßen, breite und enge, immer neue Häusermassen. Immer mächtiger und höher, immer heller beleuchtet, immer reicher die Schaufenster, immer stärker der Verkehr.

„Das ist der Dönhofsplatz, Lene. Sieh mal, das ist das Abgeordnetenhaus — da zerbrechen sich die angeblich Weisesten die Köpfe um das Wohl und Wehe des Landes. So — und nun kommt unsere gute „Stadt London"."

Der Oberkellner, ein pikfeiner Herr im Frack und weißer Weste, stand am Eingang und dienerte: „Die Zimmer sind bereit, Herr Baron. Nr. 34 für das gnädigste Fräulein." Die teppichbelegte Treppe ging's hinauf, eins, zwei Stockwerke hoch, daß einem der Atem fast versagte. „Hier, Lene — vorläufig nimm vorlieb," sagte Bruder Wilhelm. „Dein Koffer kommt sofort. Mach dich recht schnell ein bissel zurecht, wir essen nachher unten."

Groß war das Zimmer Nr. 34 nicht, und schön war es auch nicht mit seiner schäbigen Hoteleleganz, dem schmalen Bett, dem kleinen Waschtisch und der Plüschgarnitur, an der die Quasten abgerissen waren. Aber Helene sah das alles nicht. Sie hatte nur einen Wunsch: ein paar Minuten ganz still und ruhig zu sitzen, dort auf dem Bettrand, sich ein wenig sammeln zu dürfen, recht zum Bewußtsein zu kommen: du bist nun also wirklich in Berlin. Es war ja alles wie ein Traum.

Lange freilich ließ ihr Wilhelm nicht Zeit. Nach knapp einer Viertelstunde schon pochte er: „Bist du fertig?" Gerade daß sie noch den Reisestaub abschütteln konnte, das Haar ein wenig glattstreichen. Als sie heraustrat auf den schmalen Korridor, der ihr endlos erschien, wie eine ganze Straße, musterte der Bruder sie. „Na, es mag angehen für heute abend," sagte er ein wenig von oben herab, aber mit seinem sonnigsten Lächeln.

Dann saßen sie unten im Speisesaal, im strahlenden Licht der großen Gaskronen. Es war ja doch wohl Gaslicht, von dem sie schon so viel gehört hatte? Dies seltsam helle, eigen flackernde Licht, das von der Decke herableuchtete und aus vielarmigen Leuchtern an den weißen Wänden.

Wilhelm bestellte eine Flasche Champagner und suchte ihr in der riesengroßen Speisekarte ein paar Gerichte aus. Aber sie konnte kaum essen. Es war zu überwältigend — das alles. Der große Saal, in Licht getaucht, die vielen Menschen an den Tischen, das Schwatzen und Lachen der Gäste, die hin- und hergleitenden Kellner.

„Prosit, Kleinchen. Was machst du denn für Augen? Fast, als ob du ins Paradies schautest. Ach Kind, gewöhn dir das ab. Es ist nicht gut, wenn man sich verwundert zeigt, und mit Wasser wird schließlich auch in Berlin gekocht. Da . . . trink mur . . ."

Und sie trank. Wie Feuer strömte es durch die Adern stark und süß.

„Ach . . . Wilhelm . . . lieber Wilhelm . . ."

„Ja doch, du kleines Provinzschäfchen. Es ist schon anders wie in Rohlbeck. Was? Aber obs immer besser ist? Na, darüber wollen wir uns heut den Kopf nicht zerbrechen. Freuen wir uns der Stunde." Er nahm von der Fruchtschale ein paar Rosinen, warf sie in ihren Spitzkelch. „Siehst du, wie das perlt und perlt, wie der Schaum gleich wieder aufsteigt. So ist Berlin. Hier perlt das Leben immer aufs neue hoch, schäumt und schäumt. Trink aus, Lene, trink aus, ehe der Schaum verfliegt."

Es war wohl spät, als sie die Treppen wieder hinaufstiegen, eins, zwei hohe, steile Treppen. „Wir wohnen dem Himmel nahe, Lene," scherzte der Bruder. „Schlaf wohl und träume etwas Schönes. Man sagt ja: was man in der ersten Nacht in einem fremden Hause träumt, geht unweigerlich in Erfüllung."

Die Augen wollten ihr zufallen vor Ermüdung. Aber der Schlaf wollte nicht kommen. Lange, lange nicht. Von der Straße herauf drang es wie ein unaufhörliches Tosen, Wagenrollen auf hartem Pflaster, Hunderte von Menschenstimmen, ebbend jetzt, wieder anschwellend dann.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606062-19/fragment/page=0003

des Krieges die Provinzialabgabe mit rund eine 28 000 Mark zu ersparen. Bezüglich der Kanalbenutzungsgebühren sind keine neuen Gesichtspunkte eingetreten, so daß es hier bei dem früheren Beschlusse sein Bewenden behalten kann. Die Versammlung stimmt dem zu. — Berichterstatter Stadtvd. Herzfeld und Borchert.

Die übrigen Punkte für die öffentliche Sitzung werden von der Tagesordnung abgesetzt und in die geheime Sitzung wird eingetreten.

Bermietung einer Wohnung Wittekindstraße 11. Die Versammlung genehmigt, daß die Wohnung Wittekindstraße 11 I zu den üblichen Bedingungen an den Pfarrer Bürger gegen den Jahresmietzins von 918 Mark vermietet wird. — Berichterstatter Stadtv. Blumentritt.

Uebergang zur Tagesordnung beschließt die Versammlung auf die Eingaben betreffend Verwendung des Hilfskomals auf der Würfelwiese als Fischteich und betreffend Pachtertrag bezüglich der Peißnitz-Schankwirtschaft. — Berichterstatter Stadtverordneter Emmer.

Aus Halle und Umgebung

Halle, den 6. Juni.

Ernteflächenerhebung im Jahre 1916

Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 18. Mai 1916 ordnet die Vornahme einer Ernteflächenerhebung in der Zeit vom 1. bis 20. Juni 1916 an, mit deren Durchführung im Stadtkreis Halle das Statistische Amt beauftragt worden ist. Es sind festzustellen die Ernteflächen beim feldmäßigen Anbau von Winter- und Sommerweizen, Spelz — Dinkel, Fesen — sowie Emer und Einkorn (Winter- und Sommerfrucht), Winter- und Sommerroggen, Gerste (Winter- und Sommerfrucht), Menggetreide, Hafer, Mischfrucht, Hülsenfrüchten — rein oder im Gemenge mit Gerste oder Hafer zur Grünfuttergewinnung —, Lupinen (zum Unterpflügen, zur Grünfutter- oder Körnergewinnung), Erbsen und Peluschken, Eßbohnen (Stangen-, Buschbohnen), Linsen, Acker-(Sau-)Bohnen, Wicken zur Körnergewinnung —, Oelfrüchten — Raps und Rübsen, Mohn, Dotter, Sonnenblumen u. a. —, Gespinstpflanzen — Flachs (Lein), Hanf —, Kartoffeln, Zuckerrüben, Futterrüben — Runkelrüben, Kohlrüben (Bodenkohlrabi, Wruken), Wasserrüben, Herbstrüben, Stoppelrüben, (Turnips), Möhren (Karotten) —, Gemüsen zur menschlichen Nahrung, Futterpflanzen zur Grünfutter- und Heugewinnung — Klee aller Art auch mit Beimischung von Gräsern, Luzerne und andere, Serradella als Hauptfrucht, Esparsette usw. auch in Mischung) — sowie die Bewässerungs- und anderen Wiesen, die gesamten bestellten und nicht bestellten Ackerflächen und die Weideflächen.

Die Vermehrung der Massenküchen

zur Erleichterung der Kriegsernährung wird jetzt als dringende Notwendigkeit von immer zahlreicheren Gemeinden angesehen und spielt bekanntlich auch im Programm des Kriegsernährungsamtes eine hervorragende Rolle. Zu rechtzeitiger Voraussicht dieser Entwicklung und in anbetracht der fast regelmäßig zutage tretenden Schwierigkeit, geeignete Leiterinnen für Massenspeisenanstalten bei deren Errichtung zu finden, hat der Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen im Zusammenwirken mit der Hamburgischen Kriegshilfe einen dreimonatigen Ausbildungslehrgang eingerichtet, der hauswirtschaftlich und theoretisch gut vorgebildeten Damen diejenigen Sonderkenntnisse auf den Gebieten der Kochkunst und Wirtschaftslehre vermittelt, die für die Leitung von Massenküchen erforderlich sind. Dieser Lehrgang hat am 1. Mai in Hamburg begonnen; seine Teilnehmerinnen sind in erster Linie Haushaltungslehrerinnen und Damen, die bereits in kleinerem Rahmen Massenverpflegung ausgeübt haben. Ein Teil der Damen ist von Gemeinden und Organisationen oder von Großbetrieben zur Teilnahme an dem Lehrgang beauftragt. Die übrigen Damen können vom 1. August ab die Leitung von Massenküchen, die jetzt erst eingerichtet werden, übernehmen. Stadtverwaltungen und Wohlfahrtsvereine, die die Zuweisung einer geeigneten Kraft für den genannten Zweck wünschen, wollen sich in Verbindung setzen mit der Geschäftsstelle des Zentralvereins: Prof. Dr. L. Francke, Berlin W. 30, Nollendorfstr. 29/30.

Butter und Fett nicht ins Feld senden

Während der Sommermonate, heißt das seit dem Einsetzen der wärmeren Jahreszeit mehren sich wieder die Klagen der Truppenteile, daß Päckchen mit leichtschmelzbaren Stoffen, wie Butter, Fetten, Honig usw., infolge mangelhafter Verpackung beschädigt eingehen. Solche Sendungen sind für den Empfänger nicht nur meist wertlos, sondern sie beschmutzen auch viele andere Päckchen, Briefe und Zeitungen, sowie die zur Versendung der Feldpostsendungen dienenden Beutel. Es wird daher erneut darauf hingewiesen, daß Lebensmittel aus leicht schmelzbaren Stoffen während der warmen Jahreszeit nur in Blechbehältern mit fest schließenden Deckeln verschickt werden dürfen, und daß Sendungen solchen Inhalts, wenn sie nur in Pappkästen oder dergleichen verpackt sind, von den Postanstalten unbedingt zurückgewiesen werden müssen. Vor der Versendung von Butter und Fett ins Feld während der Sommermonate kann, wegen der leichten Verderblichkeit dieser Stoffe selbst bei ausreichender Verpackung, nicht dringend genug abgeraten werden.

— **Schützt die Getreidefelder.** In letzter Zeit ist häufig beobachtet worden, daß Frauen und Kinder tief in die Getreidefelder hineingehen, um Kornblumen oder Kamillen zu pflücken. Durch ein derartiges rücksichtsloses und unnötiges Betreten der Aecker leiden die Feldfrüchte, ein Schaden, der um der Volksernährung willen in der jetzigen Zeit unbedingt vermieden werden muß.

Die Polizeiverwaltung der Stadt Halle macht daher bekannt, daß gegen alle diejenigen, die unbefugt auf bestellten Feldern angetroffen werden, mit unnachsichtlicher Strenge vorgegangen und das Strafverfahren auf Grund des § 368 9 RStGB. und des § 10 des Feld- und Forstpolizei-Gesetzes eingeleitet werden wird.

Aus dem Gerichtssaal

Achtzig Obstbäume und einen Zentner Rüben entwendet

Weil er gegen einen Zentner Rüben und achtzig Obstbäume entwendet hatte, mußte sich der Arbeiter Kuppka aus Wörmlitz vor dem Halleschen Schöffengericht verantworten. Er behauptete, die Sachen gefunden zu haben. Einmal ist K. schon wegen Kartoffeldiebstahl verurteilt worden. Auch damals wollte er die Kartoffeln gefunden haben. Diesmal sagte es, er hätte sich der Rüben und der Obstbäume nur angenommen, um sie beim Amtsvorsteher abzugeben. Der Feldhüter hatte in der Nähe des Beesener Exerzierplatzes unter Heu versteckt einen Zementsack und einige Hufchen Rüben gefunden. Er hatte sich sofort gedacht, daß hier wieder K. seine Hand im Spiele haben werde. Als er sich dann abends auf die Lauer legte, sah er K. kommen und sich den Sack mit Rüben füllen. Als dann Kuppka den Feldhüter gewahrte, warf er den Sack die Böschung hinab. Dieser wurde jedoch noch in derselben Nacht gefunden. Als dann am nächsten Tage bei dem Angeklagten Haussuchung abgehalten wurde, entdeckte der Gendarm im Stalle sechs Nußbäume. Er vermutete sofort, daß K. sicherlich noch mehr haben werde und fand auch im Garten noch etwa achtzig Stück die, wie es sich dann herausstellte, dem Gärtner Huth entwendet worden waren. Das Gericht schenkte den Angaben K. keinen Glauben und verurteilte ihn des Baumdiebstahls wegen zu zwei Monaten Gefängnis. Der Rübendiebstahl wurde mit drei Wochen Haft geahndet.

Provinz Sachsen und Umgebung

Lebens- und Genußmittelfragen

ik. **Weißenfels**, 5. Juni. (Mehr Brot.) Die bisher auf vier Pfund Brot in der Woche bemessene Menge kann mit der nächsten Brotmarkenausgabe auf fünf Pfund für Personen über fünf Jahre erhöht werden. Personen bis zu fünf Jahren erhalten dann vier Pfund. Die der schwerarbeitenden Bevölkerung zugesandenen Zusatzkarten bleiben weiter bestehen.

— **Altenburg**, 5. Juni. (Gute Kirschernte.) Das von verschiedenen Seiten verlangte Ausfuhrverbot für Kirschen aus dem altenburgischen Ostkreise wird nicht erlassen werden, weil die in Aussicht stehende Kirschenernte so erträglich sein wird, daß sie den Bedarf der einheimischen Bevölkerung weit übersteigt. Die Gemeinden bringen daher ihren Kirschenanhang fast überall zu öffentlichen Versteigerungen, bedingen sich jedoch vom Käufer eine bestimmte Menge von Kirschen für die Gemeindeglieder aus.

√ **Köthen**, 4. Juni. (Ueber die Geheimnisse der Fleischhamster) berichtet das „Köth. Tageblatt" aus dem Zerbster Kreise ein niedliches Geschichtchen. In der Schule sprach der Lehrer auch über die in gegenwärtiger Zeit gebotene Sparsamkeit im Fleischverbrauch und fragte halb scherzhaft, halb „vermutungsvoll" einen seiner Schüler: „Na, wo habt ihr denn euer Eingeschlachtetes untergebracht?" Mit einem stolzen Lächeln siegessicherer Ueberlegenheit entgegnete der Gefragte prompt: „Das sind' keener. Wir ham's in 'ne Kiste verpackt und in 'n Holzbiemen versteckt!" — Ja, ja, so wird es gemacht!

Krankheiten, Unglücks- und Todesfälle

Worbis, 5. Juni. (Schlimme Folgen einer Kinderunsitte) berichtet Ein schwerer Unglücksfall trug sich hier in der Langestraße zu. Ein kleiner 3jähriger Junge hängte sich hinten an einen in Fahrt befindlichen Kutschwagen. Dabei kam er mit dem Kopfe in das Wagenrad und wurde mehrmals herum geschleudert. Straßenpassanten befreiten den schwerverletzten Jungen aus seiner gefährlichen Lage. Das Kind, dem sofort ärztliche Hilfe zu Teil wurde, hat schwere Kopfwunden davon getragen, kommt aber hoffentlich mit dem Leben davon.

W. **Hildburghausen**, 5. Juni. (Verhängnisvolle Blitzschläge.) Bei den jüngsten Gewittern fuhr in Gompertshausen bei Heldburg ein Blitz durch den neugebauten Giebel des Landwirts Stehensohn in Stall und Wohnzimmer, tötete eine schwere Kalbin, sowie die Hauskatze und verletzte ein Kind. Ein anderer Blitzstrahl traf die Pfarrscheune und äscherte sie ein. Im benachbarten Westhausen erschlug der Blitz im Stall des Landwirt Bartenstein zwei Ziegen.

— **Liebenwerda**, 5. Juni. (Schweres Brandunglück — Vater und Tochter in den Flammen umgekommen.) Ein schreckliches Brandunglück hat in vergangener Nacht unsere Stadt heimgesucht. Um 4 Uhr ertönte Feuerlärm. In der Lindorffschen Sattlerei in der engen Bahnhofsstraße war, jedenfalls schon bald nach Mitternacht, ein Brand ausgebrochen, der bei den eng umgrenzten Gebäuden von niemand bemerkt worden war. Die bald anrückende Feuerwehr fand das kleine einstöckige Wohnhaus mit Werkstatt bereits in hellen Flammen und mußte ihre Haupttätigkeit auf die Rettung der dicht angrenzenden Wohnhäuser beschränken. Von den Bewohnern des brennenden Hauses war trotz allen Rufens, nichts zu sehen, man vermutete, daß sie sich durch das Hintergebäude in Sicherheit gebracht hätten. Doch bald wurde es zur traurigen Gewißheit, daß der 54jährige Sattlermeister Lindorf und dessen einzige 21jährige Tochter den Tod in dem brennenden Häuschen gefunden hatten. Von den beiden Lehrlingen war der eine gestern verreist, der andere schläft seit 8 Tagen hier bei den Eltern, sonst hätte auch die beiden jungen Leute ein gleiches Schicksal betroffen. Der strebsamen Familie Lindorf wendet sich allgemein Teilnahme zu. Im vorigen Jahre starb die Ehefrau, gleich darauf fiel ein hoffnungsvoller Sohn in Rußland, ein anderer steht gegenwärtig noch im Felde, und der jüngste erlernt seit Ostern das väterliche Gewerbe in Großenkain.

Diebstähle und andere Straffalen

W. **Heiligenstadt**, 5. Juni. (Aus dem Gefängnisentsprungen.) Aus dem hiesigen Strafgefängnis ist kürzlich der von der Strafkammer wegen Diebstahls verurteilte Strafgefangene, Dienstknecht Otto Hermann aus Hörselgau, entwichen. Das hiesige Amtsgericht hat hinter dem Flüchtling einen Steckbrief erlassen.

W. **Neustadt** a. d. Or., 5. Juni. (Große Diebesbeute.) Der Schutzmann Fleischhauer stellte nachts 2 Uhr in der Triptiser Straße einen Mann, der einen gefüllten Sack bei sich trug. Auf die Aufforderung, diesen zu öffnen, ergriff der Mann unter Zurücklassung des Sackes die Flucht, konnte aber mit Hilfe eines Feldgrauen dingfest gemacht werden. In dem Sack befand sich folgende Diebesbeute: 2000 Mk. Reichsanleihescheine mit Zinsbogen, 1 Siegelring, 15 Paar verstilberte Messer und Gabel, 15 silberne große Löffel, 1 silberner Fischlöffel, 1 Dutzend Obst- und Dessertmesser, 1 lederne Handtasche, 1 Schlagring, 1 guter Anzug mit Pelerine, 1 Seite Speck, 4 Schinken (einer davon bis auf einen kleinen Rest verzehrt), 1 Brot und noch andere kleinere Gegenstände. Der Dieb ist ein Russisch-Pole aus Lublin, der zuletzt in Triptis bei der Eisenbahn arbeitete. Die Gegenstände wurden bei Frau v. Pöllnitz in Staitz bei Auma gestohlen.

Verschiedene Nachrichten

× **Merseburg**, 5. Juni. (Die weibliche Jugendpflege-Organisation für den Regierungsbezirk Merseburg) bezw. die in der Stadt Merseburg zusammengeschlossenen zehn Vereine unternahmen am Sonntag Nachmittag in Stärke von 450 Personen einen Ausflug nach Bad Lauchstädt. Es ging unter dem Gesang fröhlicher Heimat- und Vaterlandslieder zu Fuß dorthin. An der Veranstaltung nahmen mit dem rührigen Schriftführer, der unter der Leitung der Frau Regierungspräsident von Giersdorff stehenden Organisation, Herrn Seminaroberlehrer Hemprich, mehrere hiesige Geistliche und Lehrer teil. Nach einer Kaffeetafel im Lauchstädter Kurgarten versammelte sich die weibliche Jugend im historischen Goethe-Theater. Seminaroberlehrer Hemprich wies hier in markigen Worten auf die Eigenartigkeit der heutigen Schillerfeier im Lauchstädter Goethe-Theater durch die weibliche Jugendpflege-Organisation im Regierungsbezirk Merseburg hin. Die Ansprache endete mit einer Ermahnung des herrlichen Seefeiges und mit einem Hurrah auf den Kaiser, das Heer und die Flotte. Es folgten gemeinsame Gesänge und vortreffliche Vorträge Schillerscher Dichtungen, sowie turnerische Spiele auf dem Platze zwischen Theater und Schule. Um 7 Uhr erfolgte die Rückfahrt. Die eigenartige, weihevolle Veranstaltung der in höchster Blüte stehenden Organisation nahm einen wunderbaren Verlauf.

M. **Merseburg**, 5. Juni. (Zur Förderung des Seidenbaus) wird am 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, in unserer Stadt (in der Turnhalle Wilhelminstraße 5) eine öffentliche Versammlung stattfinden, zu der Interessenten, besonders auch Geistliche und Lehrer, geladen sind. Der Kustos vom Königlichen Botanischen Garten zu Berlin-Dahlem, Professor Dr. Udo Dammer, und Lehrer em. Großkopf in Liebenwerda werden Vorträge über den Seidenbau in Deutschland, seine Vergangenheit und seine Zukunft, verbunden mit praktischen Vorführungen, halten.

Börsen- und Handelsteil

Devisenkurse

Berlin, 5. Juni. Die telegraphischen Auszahlungen stellen sich heute für

	Geld	Brief
New-York	5.17 1/2	5.19 1/2
Holland	224 3/4	225 1/4
Dänemark	161 1/4	161 3/4
Schweden	161 1/4	161 3/4
Norwegen	161 1/4	161 3/4
Schweiz	102 7/8	103 1/8
Oesterreich-Ungarn	69.70	69.80
Rumänien	86	86 1/2
Bulgarien	78 3/4	79 1/4

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 5. Juni. Die Börse legte sich heute angesichts der Unsicherheit darüber, was die Beratungen bezüglich der Erhöhung des Schlußscheinsteuerstempels bringen werden, naturgemäß größere Reserve auf, und die Umsätze bewegten sich daher in recht engen Grenzen. Der Grundton blieb aber fest. Lebhaftes Interesse gab sich für Phönix, Oberschl. Eisenbahnbedarf und Caro kund, die zu anziehenden Kursen aus dem Markte genommen wurden. Etwas niedriger stellten sich Rheinmetall und Kanada. Einige Nachfrage herrschte auch für Schantungbahn. Am Anleihemarkt blieben 3proz. Reichsanleihe und 4proz. Konsols begehrt.

Getreidebericht

Berlin, 5. Juni. Nach längerer Zeit machte sich heute wieder etwas mehr Kauflust für Futtergetreidemittel bemerkbar, doch blieben die Umsätze sehr beschränkt. Grob gemahlenes Spelzspreumehl war in greifbarer Ware gesucht, auch für Industriehafer zeigte sich erneut Interesse. Für Runkelrüben hält die Kauflust bei anziehenden Preisen an. Sonst blieben die Forderungen unverändert. Wetter: Bedeckt. Der Getreidebericht blieb ohne Notiz

Wiener Börsenstimmungsbild

Wien, 5. Juni. Im heutigen Börsenverkehr war das Geschäft äußerst still und im allgemeinen Realisationslust namentlich in Kohlen-, Zucker- und Elektrizitätsaktien vorherrschend. Für Montanwerte bestand zu gebesserten Kursen einiges Interesse.

—r. **Gewerkschaft Salzmünde, Halle a. S.** In der gestrigen Generalversammlung der Gewerkschaft waren 9 Gewerken mit 565 Stimmen vertreten. Der Geschäftsbericht für 1915 wurde genehmigt, nachdem von dem Generaldirektor Schweißgut einige Ergänzungen dazu gegeben worden waren. Die Aussichten für 1916 gestalteten sich freundlicher als 1915. Die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlustkonto wurden ebenfalls genehmigt und die Verwaltungsorgane entlastet. Der Gewinn von 234 044,66 Mk. wird mit 232 815,54 Mk. zu Abschreibungen verwendet und der Rest von 1 228,52 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen.

Letzte Telegramme

Die Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes

München, 5. Juni. Die Tagung des deutsch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsverbandes hat heute vormittag unter überaus zahlreicher Beteiligung begonnen.

Exz. Karl Lingner †

Dresden, 5. Juni. Heute verstarb hier im Alter von 55 Jahren der Wirkl. Geh. Rat Exzellenz Dr. Karl August Lingner.

*

Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquartiers

Großes Hauptquartier, 5. Juni 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz

Die Engländer schritten gestern abend erneut gegen die von ihnen verlorenen Stellungen südöstlich von Ypern zum Angriff, der im Artilleriefeuer zusammenbrach. Ebenso scheiterte ein nach Gasvorbereitung unternommener schwächlicher französischer Angriff bei Prunay in der Champagne.

Auf dem Westufer der Maas bekämpfte unsere Artillerie mit gutem Ergebnis feindliche Batterien und Schanzanlagen; französische Infanterie, die westlich der Straße Haucourt-Esnes gegen unsere Gräben vorzukommen versuchte, wurde zurückgeschlagen.

Auf dem rechten Ufer dauert der erbitterte Kampf zwischen dem Caillette-Walde und Damloup mit unverminderter Heftigkeit an. Der Feind versuchte uns die in den letzten Tagen errungenen Erfolge durch den Einsatz von Infanteriemassen streitig zu machen. Die größten Anstrengungen machte der Gegner im Chapitre-Walde, auf dem Fumin-Rücken (südwestlich vom Dorfe Vaux) und in der Gegend südöstlich davon. Alle französischen Gegenangriffe sind restlos unter den schwersten feindlichen Verlusten abgewiesen.

Deutsche Erkundungsabteilungen drangen an der Yser, nördlich von Arras, östlich von Albert und bei Altkirch in die feindlichen Stellungen ein; sie brachten 30 Franzosen, 8 Belgier und 35 Engländer unverwundet als Gefangene ein; ein Minenwerfer ist erbeutet.

Im Luftkampf wurde über dem Maasrücken, über Cumières und Fort Souville je ein französisches Flugzeug zum Absturz gebracht.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz

Nichts neues.

Die Kämpfe unserer Flieger im Monat Mai waren erfolgreich. Feindliche Verluste:

Im Luftkampf	**36 Flugzeuge,**
durch Abschuß von der Erde	**9 Flugzeuge,**
durch unfreiwillige Landung hinter unserer Linie	**2 Flugzeuge,**
zusammen:	**47 Flugzeuge.**

Eigene Verluste:	
Im Luftkampf	**11 Flugzeuge,**
durch Nichtrückkehr	**5 Flugzeuge,**
zusammen:	**16 Flugzeuge.**

Oberste Heeresleitung.

Wetterbericht

Während gestern mit Ausnahme der südöstlichen und südlichen Gebietsteile, wo stellenweise wieder größere Regenmengen gefallen sind, das Wetter vorwiegend trocken blieb, haben sich nachts an der Nordseeküste von neuem Niederschläge eingestellt. Die Morgentemperaturen liegen heute zwischen 8 und 12 Grad. — Aussichten für Dienstag: Wolkig, mild, zeitweise Regen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606062-19/fragment/page=0004

Eine Verteidigungsrede des Reichskanzlers

Des Kanzlers Rede

Berlin, 6. Juni.

Bei der gestrigen Generaldebatte des Etats im Reichstag nahm zu Beginn der Reichskanzler das Wort.

Reichskanzler Dr. v. Bethmann Hollweg:

Der Reichstag hat soeben mit großer Mehrheit die Steuern bewilligt, deren das Reich bedarf, um auch im Kriege eine geordnete Finanzwirtschaft zu führen. Der Reichstag hat sich damit den Dank der ganzen Nation verdient und unseren Feinden gezeigt, das wir auf allen Gebieten gewillt sind, durchzuhalten. Ich habe die Ehre namens der Verbündeten Regierungen diesen Dank hiermit öffentlich zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.)

Ich will an diese Worte des Dankes einige allgemeine Bemerkungen anknüpfen:

Vor einem halben Jahre, am 9. Dezember, habe ich hier zum ersten Mal auf Grund unserer militärischen Lage von unserer Friedensbereitschaft gesprochen. Das konnte ich mit der Zuversicht tun, daß die Kriegslage sich noch weiter verbessern würde. Die Entwicklung hat diese Zuversicht bestätigt. (Bravo!) Weitere Fortschritte sind gemacht, auf allen Fronten sind wir noch stärker als zuvor. (Bravo!) Wenn ich mit dieser Entwicklung vor Augen, damals aussprechen konnte, wir seien zum Frieden bereit, so habe ich das nicht zu bedauern, auch wenn unser Angebot bei den Feinden keinen Erfolg gehabt hat. In der kritischen Zeit des Juli 1914 war es die Aufgabe jedes vor Gott, seinem Lande und seinem Gewissen verantwortlichen Staatsmannes, nichts unversucht zu lassen, was in Ehren den Frieden bewahren konnte. Ebenso wollten wir nach erfolgreicher Abwehr unserer Feinde nichts versäumen, was geeignet wäre, die großen Erschütterungen Europas in einem solchen Brande abzukürzen.

Später habe ich einem amerikanischen Journalisten gesagt, daß Friedensverhandlungen nur dann ihr Ziel erreichen könnten, wenn sie von den Staatsmännern der kriegführenden Länder geführt würden auf Grund der wirklichen Kriegslage, wie sie jede Kriegskarte zeigt. Das ist von der anderen Seite zurückgewiesen worden. Man will die Kriegskarte nicht anerkennen. Man hofft sie zu verbessern. Unterdessen hat sie sich weiter verändert, zu unseren Gunsten. (Lebhaftes Bravo!) Wir haben in sie eingetragen die Übergabe der englischen Armee von Kut-el Amara, die Niederlagen und gewaltigen Verluste der Franzosen vor Verdun, das Scheitern der russischen Märzoffensive, den machtvollen Vorstoß unserer Verbündeten gegen Italien (Lebhaftes Bravo!) die Festigung der Linien vor Saloniki, und in diesen letzten Tagen haben wir mit jubelndem und dankbaren Herzen die Seeschlacht bei Jütland erlebt. (Lebhaftes Bravo!)

So sieht die Kriegskarte schon wieder anders aus. Die Feinde wollen davor noch ihre Augen verschließen. Dann müssen und dann werden und dann wollen wir weiterfechten bis zum endgültigen Siege. (Lebhaftes Bravo!) Wir haben das Unsrige getan, um den Frieden anzubahnen. Die Feinde haben uns mit Hohn und Spott abgewiesen. Damit wird jedes weitere Friedensgespräch, wenn es von uns begonnen wird, zur Zeit nichtig und von Übel. (Sehr richtig!)

Von einigen Staatsmännern in England und anderswo sind Versuche unternommen worden, unserem Volke den Puls zu fühlen, und durch partikularistische oder innerpolitische Gegensätze unsere Schlagkraft zu lähmen. Diese Herren bewegen sich in seltsamen Vorstellungen. Wenn sie sich nicht selbst täuschen wollen, so werden sie dabei bemerkt haben, wie fest der Herzschlag des deutschen Volkes ist. (Bravo!) Es gibt keine Einwirkung von außen, die unsere Einigkeit auch nur im geringsten erschüttern könnte. (Sehr wahr!)

Gewiß, auch wir haben unsere Meinungsverschiedenheiten. Die werden sachlich ausgekämpft. Wir haben sehr eingehende Auseinandersetzungen in der Kommission gehabt. Wir haben scharfe Differenzen besonders in der U-Bootfrage und über unsere Beziehungen zu Amerika gehabt. Die Ansichten platzten schroff aufeinander. Aber. — ich will das hier ausdrücklich feststellen, — jede Seite erkannte die überzeugte Ansicht der anderen an, wir blieben immer auf sachlichem Boden.

Unsere vertraulichen Auseinandersetzungen in der Verschwiegenheit der Kommissionszimmer haben das Bedürfnis nach öffentlicher Aussprache nicht befriedigen können. Weshalb wir der Öffentlichkeit ersehnte Aufklärungen vorenthalten müssen, das wissen Sie. Wir waren, ich glaube in absoluter Übereinstimmung, darüber einig, daß die Erörterung in breiter Öffentlichkeit, wenn sie erschöpfend sein sollte, das Land schädigen würde. Davon kann auch ich nicht abweichen. Allerdings sehne auch ich mich nach der Zeit, wo das Walten der Zensur mit all den Beschränkungen und Belästigungen, die von ihr nun einmal nicht zu trennen sind, aufhören kann. Ich will die Zensurdebatte von neulich nicht neu beleben. Ich glaube nicht, daß man im Lande den vorigen Mittwoch als einen besonders erhebenden Tag empfunden hat. (Sehr richtig! links.) Nur zwei Worte will ich sagen. Jede politische Maßnahme — jede ausnahmslos — hat in dieser Kriegszeit nur das eine Ziel im Auge — wie bringen wir den Krieg zum siegreichen Ende. Nur unter diesem Gesichtspunkt soll auch die Zensur geübt werden. Mögen Sie sie politische oder militärische Zensur nennen. Ich werde dahin wirken, daß in solchen politischen Angelegenheiten, bei denen der Zusammenhang mit der Kriegführung nur ein loser ist, der Zensurstift möglichst wenig gebraucht wird. (Bravo!) Die Presse, die trotz unendlicher Schwierigkeiten und Ärgernisse ihre Aufgabe in hohem Sinne auffaßt und durchführt, soll in gerechter und unparteiischer Würdigung der Ziele nach meinem Willen so wenig Fesseln empfinden wie möglich. (Bravo!)

Das Bestehen der Pressezensur hat einen sehr bedauerlichen Mißstand aufkommen lassen, über den ich kurz sprechen muß. Ich meine die Treiberei mit geheimen und offenen Denkschriften, die teils anonym, teils mit Namen in Umlauf gesetzt werden. (Sehr richtig.) Wenn das Vertrauen unseres Volkes zu erschüttern wäre — einige von diesen Schriften haben sich alle Mühe gegeben, es zu tun. Lebhafte Zustimmung.) In vielen tausenden von Exemplaren, wie es erscheint, ist dieser Tage ein Heft versandt worden, das in der Pamphlet-Literatur, wenigstens soweit sie mir bekannt geworden ist, an der Spitze marschiert. (Sehr richtig!) Mit der Miene des besorgten Patrioten trägt der Verfasser Dinge aus der diplomatischen Vorgeschichte des Krieges vor, die eine fortlaufende Kette von groben Unwahrheiten und Verdrehungen des wahren Sachverhalts sind. Nur ein paar Beispiele: Dieser Mann wagt es, zu schreiben, daß der deutsche Reichskanzler geradezu zusammengebrochen sei, als ihm der englische Botschafter den Abbruch der Beziehungen bekannt gab. Natürlich braucht er das historische Faktum nicht zu wissen, daß der Abbruch der Beziehungen Stunden vorher in einer Unterredung Sir Edward Goschens mit dem Staatssekretär von Jagow, der in meinem Auftrage sprach, erfolgt war. Er braucht nicht zu wissen, daß meine Unterredung mit dem englischen Botschafter der persönliche Abschiedsbesuch war, den dieser mir machte. Er braucht auch nicht zu wissen, denn seine englische Quelle, die ihm gut genug ist, den deutschen Reichskanzler zu verleumden, (Hört, hört!) teilt es nicht mit, daß Sir Edward Goschen bei diesem Abschiedsbesuche persönlich so tief erschüttert war, daß ich, weil es sich um einen persönlichen und menschlichen Vorgang handelte, aus natürlichem Anstandsgefühl es stets unterlassen habe, öffentlich darüber zu sprechen. (Hört, Hört!) Der Reichskanzler zusammengebrochen! das paßt in das Bild, das man von dem schwächlichen Reichskanzler verbreiten möchte. Aber, meine Herren, erfunken und erlogen ist es. (Lebhafte Zurufe.) Etwas anderes: Eine Geheimgeschichte der letzten Wehrvorlage, ich als der Mann, der sich mit Händen und Füßen gegen die Wehrvorlage gesträubt hätte. (Lachen links.) Ich rate dem Schreiber dieser Schmähschrift, sich beim damaligen Kriegsminister, dem General von Heeringen, zu erkundigen — ich vermute zwar, einem aufrechten Mann und Soldaten, als welchen Sie alle den General von Heeringen kennen und achten, wird es kaum angenehm sein, sich mit einem Verleumder einzulassen — ich rate ihm doch, sich zu erkundigen, wie wir beide zuerst zusammengearbeitet haben für die Stärkung der Armee, und wie ich bei der großen Wehrvorlage für jeden Antrag des Kriegsministers bis auf den letzten Mann eingetreten bin. Dann die längst widerlegte Geschichte, daß wir Japan vor dem Kriegsausbruch durch eine große Anleihe auf unsere Seite hätten bringen können. Nichts als Phantasiegebilde. So geht es weiter durch das ganze Heft. Noch eine der widerwärtigsten Behauptungen muß ich niedriger hängen. Ich werde beschuldigt, ich hätte entgegen dem militärischen Votum den Mobilmachungsbefehl um drei kostbare Tage, die uns nicht nur einen Teil des Elsaß, sondern auch Ströme von Blut gekostet hätten, verzögert und das rechtzeitige Losschlagen in der Hoffnung auf meine alte Verständigungsidee mit England vereitelt. Ja, diese Versuche, mich mit England zu verständigen, ich weiß, sie sind mein Kapitalverbrechen. Ich habe schon einmal darüber ausführlich hier im Reichstage gesprochen. Gegenüber diesen giftigen fortschleichenden Verleumdungen muß ich es noch einmal tun. Wie war denn Deutschlands Lage? Frankreich und Rußland durch eine nicht zu sprengende Allianz eng mit einander verbunden, dort eine starke Revanchepartei, in Rußland einflußreiche expansive zum Kriege treibende Kreise. Frankreich und Rußland konnten nur in Schach gehalten werden, wenn es gelang, ihnen die Hoffnung auf England zu nehmen. (Sehr richtig.) Dann hätten sie niemals den Krieg gewagt. (Lebhafte Zustimmung.) Wollte ich gegen den Krieg arbeiten, dann mußte ich versuchen, mit England in ein Verhältnis zu kommen, das die Kriegsparteien in Frankreich und Rußland niederhielt. (Bravo!) Auch gegenüber den mir so gut wie irgend einem bekannten deutschfeindlichen Tendenzen der englischen Einkreisungspolitik. Diesen Versuch habe ich gemacht. Ich schäme mich seiner nicht, auch wenn er fehlgeschlagen ist. Wer mir als Zeuge der nun bald zweijährigen Weltkatastrophe mit ihren Hetakomben von Menschenopfern daraus ein Verbrechen macht, der möge seine Anklage vor Gott verantworten. (Bewegung im ganzen Hause.) Ich sehe meinem Urteil mit Ruhe entgegen. (Lebhafter Beifall.) Aber — mit der Mobilmachung haben die Verständigungsversuche mit England nichts, gar nichts zu tun. Ich soll sie um drei Tage verzögert haben. Weiß der Dunkelmann, der jene Schrift geschrieben hat, nicht, daß in jenen drei Tagen wir fieberhaft an der Ausgleichung der Gegensätze zwischen Rußland und Österreich-Ungarn gearbeitet haben, daß insonderheit der Kaiser, dem nichts mehr am Herzen lag, als seinem Volke den Frieden zu erhalten, darüber persönlich in ununterbrochenem Depeschenverkehr mit dem Zaren stand, sieht er denn nicht, was doch vor aller Augen liegt, daß, wenn wir drei Tage früher mobilisiert hätten, wir diejenige Blutschuld auf uns geladen hätten, die Rußland auf sich nahm, als es während laufender und sich günstig entwickelnder Verhandlungen seinerseits, entgegen den uns feierlich gegebenen Versprechungen, mobil machte? Hört, hört! Sehr richtig.) Dieser Mann, der so die Geschichte fälscht, nimmt sich heraus, über mich zu Gericht zu sitzen, und er tut es im Namen einer niederdeutschen Bismarckrunde. (Bewegung.) Herunter mit der Maske, damit man sieht, wer es fertig bringt in dieser schwersten Zeit des deutschen Volkes den Namen Bismarcks bei der niederträchtigsten Verhetzung und Verleumdung zu mißbrauchen! (Stürmisches, wiederholtes Bravo!)

Meine Herren! Ein anderes Heft, — der Verfasser nennt sich und trägt einen guten Namen — (Zurufe: Nennen Sie ihn doch), es ist der Generallandschaftsdirektor Kapp, bringt es fertig, zu behaupten, die von mir ausgegebene Parole der Einigkeit fange an bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen wie einst im Jahre 1806, das nach Jena gefallene „staatsverräterische" Wort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Wo ist heute das Jena? Hat der Herr denn gar kein Gefühl dafür, wie er die Gegenwart herabsetzt, wenn er in unserer großen Zeit warnend an Jena erinnert? (Lebhafte Zustimmung.) Hat er die Stirn, mich einen Staatsverräter zu nennen, wenn ich in diesem Kampf um alles nur ein einiges Deutschland sehen kann? (Hört, hört!)

Meine Herren! Es ist bitter, sich gegen die Lügen des feindlichen Auslandes wehren zu müssen. Widerlich sind Schmähungen und Verleumdungen in der Heimat. Aber ich nehme den Kampf auf und werde ihn mit allen Mitteln durchfechten. (Wiederholtes Bravo!) Nicht meine Person steht in Frage. Was gilt heute der Einzelne, wo die ganze kampffähige Mannschaft Deutschlands täglich dem Tode ins Auge schaut? (Lebhafte Zustimmung.) In Frage steht die Sache unseres Vaterlandes, die auf das schwerste geschädigt wird, wenn Mißtrauen und Irrtum systematisch unter großem Aufwand von Kosten und geduldiger Druckerschwärze herumgetragen werden. Meine Herren! Es mag auffällig sein, daß ich Ihre Zeit in Anspruch genommen habe mit einer Besprechung von Geheimschriften und Broschüren, aber es war meine Pflicht dafür einzutreten, daß das Volk nicht vergiftet wird. Es war meine Pflicht, in diese heimlichen Treibereien einmal hineinzuleuchten.

Ich weiß, keine Partei in diesem hohen Hause billigt Hetzereien, die mit Unwahrheiten und Lügen arbeiten. Aber leider treiben die Piraten der öffentlichen Meinung häufig Mißbrauch mit der Flagge der nationalen Parteien. (Sehr richtig!) Mich will man unter dieser Flagge angreifen als angeblichen Verächter der großen und starken nationalen Traditionen, auf die die alten Parteien dieses hohen Hauses mit Recht stolz sind. Zum Beweise wird angeführt, daß ich mit den Sozialdemokraten liebäugelte und die Flaumacher begünstigte. Immer wieder heißt es: Dieser Reichskanzler stützt sich ja nur noch auf die Sozialdemokratie und einige pazifistisch angehauchte Verröhnungspolitiker.

Meine Herren! Soll ich in diesem Kriege, wo es nur Deutsche gibt, mich an Parteien halten? Wohl weiß ich, die Unterscheidung zwischen nationalen Parteien und anderen hat in den politischen Kämpfen vor dem Kriege viel bedeutet. Aber es wird doch die schönste Frucht sein, die dieser Krieg uns im Innern bringt, daß wir diese Unterscheidung in Zukunft endgiltig fahren lassen, weil sie keine Berechtigung mehr hat, weil das Nationale sich eben von selbst versteht. (Lebhafter Beifall.) Meine Hoffnung darauf ist unerschütterlich, trotz der Herren um Liebknecht, mit denen das Volk nach dem Kriege abrechnen wird. (Zuruf.) Parteikämpfe wird es auch in Zukunft geben, so schwer wie bisher. Aber dürfen wir darum immer wieder mit dem alten Schema von nationalen und antinationalen Parteien operieren? (Begeisterte Zustimmung.)

Ich sehe die ganze Nation in Heldengröße um ihre Zukunft ringen. Unsere Söhne und Brüder, in treuer Kameradschaft kämpfen und sterben sie miteinander. Da ist die gleiche Liebe zur Heimat in allen, mag die Heimat ihnen Besitz und Reichtum einschließen oder ihnen nur die Stätte gewesen sein, an der ihrer Arme Kraft ihnen das Leben fristete. Diese heilige Flamme der Heimatliebe fühlt allen das Herz, daß sie in tausendfacher Gefahr dem Tode trotzen und den Tod leiden. Nur ein vollkommen vertrocknetes Herz kann sich dem erschütternden Eindruck von der Größe und Urkraft dieses Volkes entziehen, kann sich der heißesten Liebe zu diesem Volke erwehren. (Stürmischer Beifall.)

Und da soll ich trennen, soll ich nicht einigen? Da soll Angst und Sorge um die Kämpfe der Zukunft die Kräfte lähmen, die wir brauchen, um den großen Kampf der Gegenwart zu bestehen? Nein, meine Herren, der Glaube an mein Volk und die Liebe zu meinem Volk, sie geben mir die felsenfeste Gewißheit, daß wir kämpfen und siegen werden, wie wir bisher gekämpft und gesiegt haben. (Lebhaftes Bravo!)

Ich will schließen, meine Herren.

Unsere Feinde wollen es auf das letzte ankommen lassen. Wir fürchten nicht Tod und Teufel. Auch nicht den Hungerteufel, den sie uns ins Land schicken wollen. Die Männer, die draußen um Verdun fechten, die unter Hindenburg kämpfen, unsere stolzen Blaujacken, die Albion gezeigt haben, daß die Ratten beißen (Beifall), sie sind von einem Geschlecht gezeugt, daß auch Entbehrungen zu tragen weiß. Diese Entbehrungen sind da — ich sage das ruhig und offen auch dem Auslande — aber wir tragen sie. Und auch in diesem Kampfe geht es vorwärts. (Bravo!) Ein gnädiger Himmel läßt eine gute Ernte heranreifen. Es wird nicht schlechter, es wird besser werden als im vorigen schweren Jahre und als es jetzt ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Diese Rechnung unserer Feinde auf unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird trügen. Ein anderes Exempel mit großen Zahlen hat unsere junge Marine am 1. Juni scharf korrigiert.

Auch dieser Sieg wird uns nicht ruhmredig machen. Wir wissen wohl, England ist damit noch nicht geschlagen. Aber er ist uns ein Wahrzeichen unserer Zukunft, in der Deutschland auch auf den Meeren für sich volle Gleichberechtigung und damit auch für kleinere Völker dauernde Freiheit der jetzt durch englische Alleinherrschaft verschlossenen Seewege erkämpfen wird. Das ist das helle und verheißungsvolle Licht, das der 1. Juni in die Zukunft wirft. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause und auf den Tribünen. Der größte Teil der Abgeordneten hatte sich erhoben. Immer sich erneuernde Bravorufe und Händeklatschen. Der Reichskanzler dankte wiederholt. Der Beifall erneuerte sich nochmals, als der Präsident bekannt gab, daß ein Antrag auf Vertagung eingebracht sei.)

*

Der Verlauf der Sitzung

Am Bundesratstische: Dr. Helfferich, Dr. Lewald.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 11¼ Uhr.

Eingegangen ist der Antrag auf Vertagung des Reichstages bis zum 26. September.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606062-19/fragment/page=0005

Auf der Tagesordnung standen zunächst Rechnungssachen, die ohne Aussprache erledigt wurden.

Es folgte die dritte Beratung des Entwurfs eines Kriegskontrollgesetzes.

Nach der Vorlage soll der Rechnungshof ermächtigt werden, für die Rechnungslegung bis zum Schlusse des Rechnungsjahres, in dem der Krieg beendet wird, Erleichterungen anzuordnen, oder auch von der Legung einzelner Rechnungen ganz abzusehen, und die Prüfung der Rechnung zu beschränken. Eine Übersicht über die getroffenen Maßnahmen ist alljährlich dem Bundesrat und dem Reichstag vorzulegen.

Abg. **v. Brockhausen** (Kons.): Die Kriegslage bedingt naturgemäß eine Abweichung von der bisherigen Übung der Rechnungsprüfung. Aber immerhin muß möglichst genaue Untersuchung der Lieferungsverträge stattfinden können, deshalb beantragen wir Vorlegung der Lieferungsverträge, sofern es sich um die besetzten Gebiete handelt. Der Reichstag muß eine Kontrolle ausüben können, denn die Klagen der Handwerker und Gewerbetreibenden über die Lieferungsverträge wachsen immer mehr.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**: Wir sind durch den Antrag einigermaßen überrascht. Zweifellos bewirkt er eine Verschiebung der Kompetenzen. Das Gesetz bezweckte, den Rechnungshof in den Stand zu setzen, seine Arbeiten möglichst zu beschleunigen. Das wird durch den Antrag unmöglich gemacht.

Abg. **Noske** (Soz.): Ich habe das Empfinden, daß der Staatssekretär Recht hat. Was der Antrag fordert, steht mit dem Gesetzentwurf in recht losem Zusammenhang. Das parlamentarische Kontrollrecht darf nicht eingeschränkt werden, das geschieht aber auch nicht durch das Gesetz. Wir vermögen dem konservativen Antrage nicht zuzustimmen.

Abg. **Graf v. Westarp** (Kons.): Ich gebe zu, daß der Antrag etwas plötzlich kommt. Es wäre besser gewesen, wenn Kommissionsberatung eingetreten wäre. Ich bitte deshalb um Verweisung der Vorlage und des Antrages an eine Kommission.

Abg. **Bassermann** (Natl.): Die Tragweite des Antrages ist nicht zu übersehen, ich beantrage Verweisung an die Rechnungskommission.

Das Haus beschloß, Vorlage und Antrag an die Rechnungskommission zu verweisen.

Es folgte die zweite Lesung eines Gesetzes zur

Änderung des Vereinsgesetzes.

Abg. **Gröber** (Zentr.): Die Regierung sollte uns eine Erklärung abgeben über das Verhältnis der Schuldisziplin zu der des Lehrherrn.

Abg. **Heine** (Soz.): Wir stimmen der Vorlage zu, weil wir in ihr den ersten, wenn auch nicht erheblichen Schritt sehen, die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung von den bisherigen Fesseln zu befreien. Der gegenwärtige Zustand darf für die Zeit nach dem Kriege nicht bestehen bleiben. Es ist vernünftiger, die Jugendlichen rechtzeitig im Geiste höherer, sozialer Pflichterfüllung zu erziehen, als sie lediglich ihrem Vergnügen nachlaufen zu lassen. Gewiß beschäftigen sich auch andere Körperschaften mit der Fortbildung der Jugendlichen, am erfolgreichsten ist aber die Jugenderziehung, wenn man die Jünglinge zu eigener Betätigung und selbständigem Denken erzieht. Der erzieherische Wert der Gewerkschaften kann nicht bezweifelt werden. Zu fordern ist daß der Sprachenparagraph wie jedes Ausnahmegesetz beseitigt wird; an das Statreckt des Reichstages lassen wir nicht tasten. Wir betrachten dieses Gesetz als Kriegsnotgesetz und stimmen ihm zu.

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Fortschr. Vpt.): Die Verwaltung eines Landes, das so glänzend im Kriege dasteht, kann mit bürokratischen Gesetzen brechen. Trotz mancherlei Bedenken bedeutet die Vorlage einen Fortschritt, tiefgehende Erbitterung im Volke kann durch sie beseitigt werden, das ist die politische Bedeutung der Vorlage. Die Gerichte müssen begreifen lernen, daß es sich um ein Vertrauensgesetz gegenüber den deutschen Arbeiter-Organisationen handelt, um einen Dank gegenüber der Kriegsleistung des Volkes. Diese Generaltendenz darf nicht verwischt werden, nur so kann die Unzufriedenheit beseitigt werden. Die Neuorientierung muß damit einsetzen, daß die Polen zu guten Bundesgenossen gemacht werden. Der Sprachenparagraph muß beseitigt werden, der lex Gröber, die dieses fordert, stimmen wir ebenfalls zu. Alle übrigen Anträge lehnen wir ab, um nicht das Gesetz zu gefährden. Wir wollen die Jugendlichen zu den Gewerkschaftsversammlungen zulassen, von den öffentlichen und Wahl-Versammlungen wollen wir sie aber fern halten. Die Gewerkschaften aller Richtungen sind für die Vorlage, sie werden auch die nötige Disziplin zu wahren wissen. Das Streben, durch ein solches Gesetz die Jugend vor der sozialdemokratischen Agitation zu schützen, wäre gänzlich verfehlt. Im Interesse des Burgfriedens und der sozialen Gerechtigkeit wollen wir die beiden Gesetze als Vertrauensgesetze annehmen.

Abg. **Dr. Junck** (Natl.): Meine Fraktion als solche wird für die Novelle zum Vereinsgesetz stimmen. Was die Jugendfrage anlangt, so nimmt ein Teil meiner Freunde eine abweichende Stellung ein, ebenso in der Sprachenfrage. Gegen die übrigen Anträge werden wir geschlossen stimmen.

Abg. **Dr. Oertel** (Kons.): Wir sind uns nicht klar darüber, weshalb gerade jetzt während des Krieges an dieser Angelegenheit gerüttelt werden soll. Man sieht in diesem Entwurf den ersten zaghaften Schritt in den Nebel der Neuorientierung. Eine Notwendigkeit ist das Gesetz nicht, es ist ein gewolltes Sondergesetz zugunsten der Gewerkschaften. Auf die Jugendlichen müssen die Gewerkschaften verzichten, wenn politische, wirtschafts- oder sozialpolitische Dinge dort erörtert werden sollen. Es kann nicht bestritten werden, daß von einem Teil der Gewerkschaften die heranwachsende Jugend zum Klassenkampf erzogen werden soll. Das muß verhindert werden, auch nach Ansicht liberaler Kreise. Der Gesetzentwurf will aber, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine anzusehen sind, auch wenn sie sich mit politischen Fragen befassen. Eine Abgrenzung zwischen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen ist nicht durchführbar. Die Sache ist umso bedenklicher, als keine untere Altersgrenze festgesetzt wird. Meine Bedenken werden auch von anderen Parteien geteilt, sogar innerhalb der Fortschrittspartei. Wie die einzelnen Parteien ihre Bedenken haben, so ist es auch in Landwirtschaft, Industrie und Handwerk. Die Heranziehung der Jugend zu vaterländischem Dienste wird gestört, wenn sie gleichzeitig von den Gewerkschaften beansprucht wird. Wir lehnen das Gesetz ab, wobei uns nicht hindert, daß auch die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft dies tut.

Abg. **Behrens** (Deutsche Fraktion): Wir wünschen, daß dieses Gesetz angenommen wird und lehnen deshalb alle über die Regierungsvorlage hinausgehenden Anträge ab, ohne unsere grundsätzliche Stellung zu diesen Anträgen aufzugeben. Wenn die Neuorientierung den Arbeitern Gerechtigkeit widerfahren läßt, so stimmen wir ihr zu. Gerade in diesen Zeiten, wo Maßnahmen gegen die Verrohung der Jugend notwendig sind, soll man diesem Gesetze zustimmen, denn die jungen Leute, gegen die jene Klagen erhoben werden, gehören den Gewerkschaften nicht an.

Ministerialdirektor **Dr. Lewald**: Schon im Ausschuß habe ich betont, daß das Recht der Schule durch dieses Gesetz nicht eingeschränkt wird. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten jugendlichen Arbeiter ist verschwindend klein, eine besondere Gefahr ist nicht vorauszusehen. Wir unterschätzen die Bedenken gegen dieses Gesetz nicht. Wir sehen in der Vorlage keine Verschärfung, sondern eine Anpassung an die bestehenden Zustände, durch die vergiftenden Kämpfen vorgebeugt werden soll.

Abg. **Dr. Herzfeld** (Soz. A.-G.): Unsere Anträge zu dieser Novelle sind keine Demonstration, sie verlangen nur die Ausfüllung großer Lücken. Die Vorlage soll ein Stückchen Neuorientierung, soll ein Geschenk an die Arbeiterklasse sein. Im politischen Leben müssen Fortschritte aber durch Kampf errungen werden. Die Vorlage ist ganz unzureichend. Der Jugendlichenparagraph ist ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie. Dieses Gesetz will geduldete Gewerkschaften schaffen.

Auf Antrag des Abg. **Seyda** (Pole) wird über das Gesetz namentlich abgestimmt werden.

Abg. **Dr. v. Laszewski** (Pole): Wir müssen die Aufhebung des Sprachenparagraphen verlangen. Wird dieses Hauptübel des Vereinsgesetzes nicht beseitigt, so vermögen wir der Vorlage nicht zuzustimmen.

Staatssekretär **Dr. Helfferich**: Auch für die deutschen Reichsangehörigen polnischer Nationalität bedeutet das Gesetz einen Fortschritt. An der Beratung des Initiativantrages beteiligen wir uns nicht, nachdem wir unzweideutig erklärt haben, daß wir jetzt nicht über den Rahmen des vorliegenden Gesetzes hinausgehen können. Alle unsere Kräfte gehören vorläufig dem Kriege, dem Siege, dem Frieden. Ein Vorwegnehmen der Neuorientierung geht nicht an, die Früchte müssen erst reifen. Sie können aber heute schon vorarbeiten, indem Sie dafür sorgen, daß unser Volk in allen Teilen das Ergebnis des Weltkrieges im rechten Geiste aufnimmt, im Geiste der Einigkeit und Brüderlichkeit, der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens. (Beifall.)

Abg. **Hansen** (Däne): Den Dänen und Russisch-Polen wird die Muttersprache garantiert, den Polen und Dänen, die Reichsangehörige sind, nicht. Dieser Schandfleck des Vereinsgesetzes muß beseitigt werden.

Abg. **Dr. Kerschensteiner** (Fortschr. Vpt.): Meine Bedenken gegen das Gesetz sind nicht politischer Art. Ich erkenne den Gewerkschaften das Recht zu, aus den politischen Vereinen herausgehoben zu werden und auch ihren Nachwuchs in ihrem Sinne zu erziehen. Aber meine Bedenken richten sich gegen die Teilnahme der Jugendlichen an den Versammlungen der Gewerkschaften. Der Unterschied einer geschlossenen und einer öffentlichen Versammlung ist der, daß man in ersteren sich gegenseitig, in letzteren anderen die Köpfe wäscht. (Heiterkeit.) Die Schüler höherer Lehranstalten werden davor bewahrt, daß die Ideale in ihnen erstickt werden; so sollte es auch mit jungen Arbeitern von 14 bis 18 Jahren geschehen. Bedenklich ist der Ton in diesen Versammlungen, deren Zweck doch zumeist die Erziehung nach einer ganz bestimmten Richtung ist.

Abg. **Schulz-Erfurt** (Soz.): Der Vorredner ist mit hörbarem Ruck nach rechts gerückt. Ich hoffe, daß die Änderung des Gesetzes besser wirken wird, als man jetzt vermutet. Ich bedauere, daß die äußerste Linke und die äußerste Rechte sich ablehnend verhalten. Die Gegner der Vorlage bewegen sich in maßlosen Übertreibungen. Nichts liegt uns ferner, als die Jugendlichen mit aller Gewalt in das politische Treiben hineinzuziehen. Auch wir wollen die Wehrhaftigkeit der Jugend fördern, sind aber Gegner aller Soldatenspielerei.

Abg. **Dr. Müller-Meiningen** (Fortschr. Vpt.) Von den Wahlversammlungen sollen die Jugendlichen auch künftig ferngehalten werden. Einig gehen wir mit Dr. Kerschensteiner nicht, wenn er fordert, daß sie auch von den übrigen Gewerkschaftsversammlungen ausgeschlossen werden sollen.

Abg. **Dove** (Fortschr. Vpt.): Dr. Kerschensteiner sprach lediglich als Pädagog. Ich halte die Jugend nicht für die schlimmste, die sich schon früh mit Politik, wenn auch in sozialdemokratischer Richtung, beschäftigt.

demokratischer Richtung, beschäftigt. Wir haben allen Anlaß, den Gewerkschaften Vertrauen entgegenzubringen. (Sehr richtig!)

Abg. **Stadthagen** (Soz. A.-G.): Abg. Schulz bedauert, uns in konservativer Gesellschaft zu sehen. Ähnliche Verhältnisse sind früher schon dagewesen. Die Gründe der Ablehnung der beiden Richtungen sind aber verschiedene, ja entgegengesetzte. Die Konservativen wollen den Gewerkschaften nichts geben, wir aber wollen sie vor Schaden bewahren.

Abg. **Graf v. Westarp** (Kons.): Wir sind nicht in der Lage, für Aufhebung des Sprachenparagraphen zu stimmen. Diese Frage ist nach dem Kriege zu regeln.

Unter Ablehnung der Abänderungsanträge wurde das Gesetz — auch in sofort sich anschließender dritter Lesung — angenommen.

Der von der Kommission vorgeschlagene Gesetzentwurf, der die Zulassung Jugendlicher zu Gewerkschaftsversammlungen, in denen günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt werden, zugestehen will, wurde in erster und zweiter Lesung angenommen.

Die weiteren Abstimmungen (Sprachenparagraph usw.) wurden zurückgestellt.

Es folgten die

Kriegssteuergesetze.

Abg. **Scheidemann** (Soz.): Die indirekten Steuern lehnen wir ab, der Kriegsgewinnsteuer stimmen wir zu.

Abg. **Haase** (Soz. A.-G.): Wir lehnen die Vorlage im Ganzen ab, da auch die Kriegsgewinnsteuer uns nicht genügt.

Die Vorlagen über den Warenumsatzstempel, Tabakabgaben, Postgebühren und Frachtkundenstempel wurden dann angenommen.

(Der Reichskanzler betrat den Saal, ebenso die Staatssekretäre v. Jagow, Kraetke und viele sonstige Regierungsvertreter.)

Die Kriegsgewinnsteuer wurde schließlich mit 312 gegen 24 Stimmen bei einer Enthaltung in namentlicher Abstimmung angenommen.

Sodann wurde die namentliche Abstimmung über den Initiativantrag (Aufhebung des Sprachenparagraphen) vorgenommen.

Es stimmten für die Aufhebung 265, dagegen 74 Abgeordnete, drei enthielten sich der Abstimmung. Damit war der Antrag angenommen.

Es fand sofort die dritte Lesung statt.

Abg. **Seyda** (Pole): Zum zweiten Male während des Krieges ist die Aufhebung des Sprachenparagraphen gefordert worden. Die Regierung muß dem entsprechen, sonst heißt es für uns: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.

Der Antrag wurde in dritter Lesung angenommen.

Es folgte die dritte Lesung des

Etats.

Es folgt die Rede des Kanzlers.

Darauf trat Vertagung ein.

Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Anfragen, Antrag auf Vertagung des Reichstages, Fortsetzung der heutigen Beratung usw.)

Schluß 6 Uhr.

Post und Eisenbahn

Erwerbsobstbau und Eisenbahn „Sommerzeit".

Die segensreiche Sommerzeit bringt viel Sonnenlicht, hat aber für die Landwirtschaft auch einige Schattenseiten, da sich manche ihrer Arbeiten der Sommerzeit nicht anpassen lassen. Insbesondere ist dies beim Erwerbsobstbau der Fall. Das für die Volksernährung so wichtige Weichobst als Beerenobst, Kirschen, Pflaumen usw. kann erst gepflückt werden, wenn es tautrocken ist. Dieser Zeitpunkt ist neben der Witterung abhängig von der tatsächlichen Sonnenhöhe. Mit der Uhrzeit mußten auch die Annahmezeiten der Eisenbahnen gegen diese um eine Stunde vorverlegt werden. Diese Stunde würde also am Pflücktage täglich verloren gegangen sein, wenn die Eisenbahnverwaltungen nicht, wo es möglich ist, entsprechende Ausnahmen bewilligen wollten. Dies aber ist vom Minister der öffentlichen Arbeiten in äußerst dankenswerter Weise auf eine Eingabe der Deutschen Erwerbsobstbau-Gesellschaft in Friesack (Mark) für das Gebiet der Preuß.-Hessischen Staatsbahnen zugesagt worden. Der Minister v. Breitenbach hat nämlich die Kgl. Eisenbahndirektionen beauftragt, die für Festsetzung der Annahmezeiten bei den Eilgutabfertigungsstellen zuständigen Kgl. Eisenbahnverkehrsämter anzuweisen, den Anträgen auf Verlängerung der Annahmezeit für Obst und Gemüse als Eilgut insoweit zu entsprechen, als die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Bahnhöfe dies gestatten. Die Genehmigung der Anträge wird natürlich unter Anderem auch davon abhängig sein, ob die Zulage die alsbaldige Abbeförderung des Gutes trotz der späten Anlieferung ohne Schwierigkeiten noch zuläßt. Dieses wird voraussichtlich bei den sogenannten Milchzügen der Fall sein.

Die bereits 500 Mitglieder zählende rührige Deutsche Erwerbsobstbau-Gesellschaft hat sich mit dieser rechtzeitigen Anregung unbestreitbar ein Verdienst um den Deutschen Erwerbsobstbau und um die Volksernährung erworben; ihre Mitglieder werden gewiß nicht verfehlen sich im Bedarfsfalle frühzeitig mit dem Vorstand des zuständigen Kgl. Eisenbahnverkehrsamtes in Verbindung zu setzen. Auf größtes Entgegenkommen der Eisenbahnverkehrsämter und der Stationen kann bei der gegenwärtigen Zeitlage ja mit Sicherheit gerechnet werden.

Briefsendungen

(gewöhnliche freigemachte offene Briefe, Postkarten und Warenproben) an die Bevölkerung im Etappengebiet in Belgien und im Kommandanturbezirk Brügge sind künftig nicht mehr nach Brüssel postlagernd, sondern postlagernd Gent Südbahnhof zu richten. Die Aufschrift muß also folgendem Muster entsprechen: Herrn N. N., Rue Royale 1, Grammene bei Deinze. Durch die Etappen-Inspektion Gent, postlagernd Gent Südbahnhof.

Vermischtes

Der Kaiser in Mitau in Kurland

Von einer Halleschen Rote Kreuzschwester berichtet.

Eine deutsche Rote Kreuzschwester, in Halle als Vollschwester ausgebildet und in das besetzte Kurland zur Dienstleistung in der Pflege der Verwundeten gesandt, hat einen Brief an ihre hier wohnenden Eltern gerichtet, der manches Bemerkenswerte enthält. Am 30. Mai traf unerwartet der Kaiser in Mitau ein, das erste Mal in Kurland überhaupt. Das war streng geheim gehalten worden. Wegen der Vorbereitungen sagte man dem Publikum, es handele sich um eine militärische Feier. Gegen Mittag wußte man aber, daß der Kaiser kommen würde. Die Straßen, durch die der Zug kommen mußte, waren gesperrt, die Häuser prachtvoll mit Fahnen usw. geschmückt, in Eile war alles würdig hergerichtet. Militär und Schulen bildeten Spalier. Die Mädchen, weiß gekleidet und Blumenkränze in dem Haar und der Hand, Fähnchen in den Farben schwarz-weiß-rot, die Schüler mit Bannern in Mitaus Farben und Wappen. Um 12½ Uhr ertönte das Geläut der Glocken, der Kaiser war eingetroffen. Zum Empfange auf dem Bahnhofe hatte sich Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit großem Gefolge eingefunden, eine Ehrenkompagnie war aufgestellt und erwies militärische Ehren. Darnach wurden die bereit gehaltenen Autos bestiegen und die Fahrt durch die Stadt begann. Der Kaiser saß im ersten Auto, an seiner Seite Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Brausende Hurrarufe tönten ihnen entgegen, der Kaiser dankte fortgesetzt durch Handanlegen. So ging es bis zum Rathaus, von da zu der schönen Trinitatiskirche, die im Innern prachtvoll geschmückt war, mit Pflanzen, vornehmlich Frühlingsblumen. Am Altar hatten die Feldprediger, evangelische wie katholische, der kurländische Adel und die Schwestern beider Konfessionen Platz genommen.

Der Kaiser wurde an der Kirchtür von der hohen Geistlichkeit empfangen und zu seinem Platz vor dem Altar geleitet, hinter dem Kaiser nahm das zahlreiche Gefolge, hohe Militärs, Platz. Der Kaiser hatte vorher die Feldprediger begrüßt und jedem die Hand gereicht, auch die Schwestern wurden freundlich begrüßt, mehrere derselben zeichnete der Kaiser durch eine Anrede aus. Nach dem Gottesdienste verabschiedete sich der Kaiser, freundlich nach allen Seiten nickend, die Kirche und fuhr unter dem Jubel der Bevölkerung nach dem Bahnhof. Beim Verlassen der Kirche spielte die Orgel „Ein feste Burg ist unser Gott", was einen tiefen Eindruck auf die Anwesenden machte. Beim Militär spricht man nichts anderes als vom Kaiser und seinem leutseligen Wesen, dann auch von Hindenburg. Dort hörte man sich nicht vorgestellt, sobald schon den Kaiser in Kurland begrüßen zu können. Das war ein herrlicher Tag, den man so leicht nicht vergessen wird.

Verantwortlich:

für den politischen Teil: Dr. Mätzold; für Provinz, Börsen- und Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kongresse und Sport: H. Wiechner; für Feuilleton, Kunst, Wissenschaft und Vermischtes: H. Reißner; für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle (Saale).

Berliner Schriftleitung: O. Sommerburg in Berlin.

Alle die Schriftleitung betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Geschäftsstelle bzw. den Verlag, sondern lediglich an die „Schriftleitung der Halleschen Zeitung in Halle (Saale)" zu richten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191606062-19/fragment/page=0006